



Bürgerbeteiligung in Regensburg Dokumentation mit Empfehlungen April 2007

Pfarrer-Grimm-Straße 2
80999 München
Tel.: (089) 1417511
Fax: (089) 1416533
info@citycom-muenchen.de
www.citycom-muenchen.de

Bürgerbeteiligung in Regensburg

Dokumentation des Werkstattprozesses Empfehlungen zur Beteiligungskultur

Verfasser

Dipl. Geogr. Ursula Ammermann

Dipl. Geogr. Brigitte Gans

Dipl. Ing. Arch. Sonja Epple

citycom muenchen

Wissenschaftliche Unterstützung:

Phillip Klein

Regensburg, April 2007

Inhaltsverzeichnis

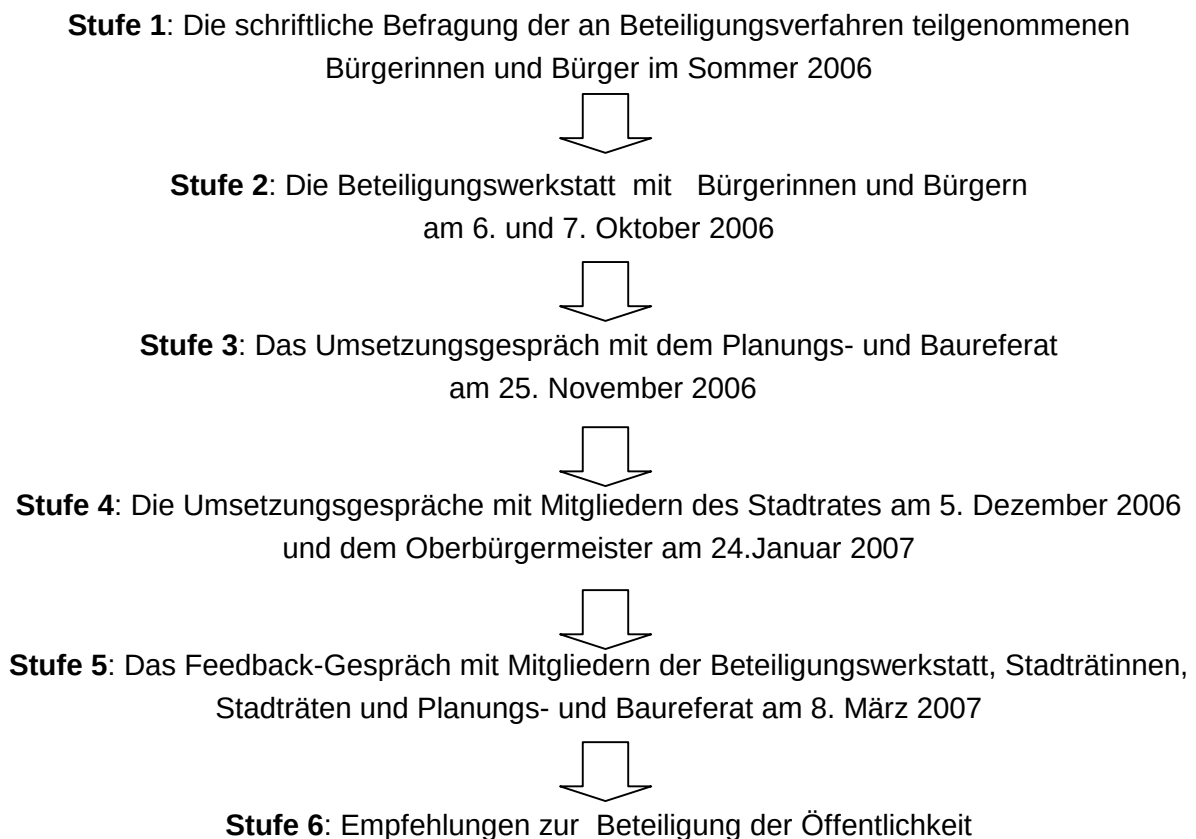
A	Ausgangslage und Zielsetzung	4
B	Wichtige Ergebnisse der Befragung	7
C	Ergebnisse der Werkstatt	14
1.	Bestandsaufnahme / Kritikphase	14
1.1	Diskussionsfeld: Information und Transparenz	14
1.2	Diskussionsfeld: Zielgruppen und Teilnehmer	15
1.3	Diskussionsfeld: Zeitpunkt für Beteiligung	16
1.4	Diskussionsfeld: Umsetzung	17
2.	Ideenphase: Qualitätskriterien für Bürgerbeteiligung	19
3.	Umsetzungsphase: Abläufe für Beteiligungsverfahren	22
3.1	Beteiligungsverfahren Feinstaubbelastung / Luftreinhalteplan	23
3.2	Beteiligungsverfahren Neunutzung Schlachthofareal	25
3.3	Beteiligungsverfahren Umfahrung Schwabelweis	27
3.4	Beteiligungsverfahren Kulturentwicklungsplan (K.E.PI.)	29
4.	Abschlussdiskussion	31
D.	Ergebnisse der Umsetzungsgespräche und Feedback	33
1.	Prioritäten der Verwaltung	33
2.	Prioritäten der Stadtrates und des Oberbürgermeisters	34
3.	Ergebnisse Feedback-Gespräch	36
E.	Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Regensburger Beteiligungskultur	38
1.	Empfehlungen zu den Rollen im Beteiligungsprozess	38
2.	Empfehlungen zu den einzelnen Phasen der Bürgerbeteiligung	40
2.1.	Handlungsempfehlungen zu Vorbereitung und Durchführung von Bürgerbeteiligung	40
2.2.	Handlungsempfehlungen zur Feedback- und Umsetzungsphase	41
2.3.	Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der „schweigenden Mehrheit“	44
2.4.	Erste Schritte zur Umsetzung der Beteiligungskultur	45
F.	Anhang	46
F1	Teilnehmerlisten	46
F2	Feedback zur Werkstatt	47
F3	Stand der Beteiligungsverfahren 2006	49

A AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG

Bürgerbeteiligung hat in Regensburg eine lange Tradition. Das Planungs- und Baureferat will diese Beteiligungskultur weiterentwickeln. Dazu wurden die bislang an den Regensburger Beteiligungsverfahren mitarbeitenden Bürger gebeten, ihre bisherigen Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung in Regensburg einzubringen sowie ihre Wünsche und Erwartungen an eine zukünftige Beteiligung.

Die Stadt Regensburg erhofft sich dadurch eine Klärung, wie die Beteiligungspraxis verbessert werden kann. Aus den Einschätzungen und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger, der Verwaltung und des Stadtrates sollen Wege und Strategien für zukünftige Beteiligungsprozesse entwickelt werden, mögliche Stolperschwellen und Hindernisse sowie Grenzen der Beteiligung sichtbar werden. Die unterschiedlichen Erwartungshaltungen an Beteiligungsverfahren sollen transparent gemacht und Empfehlungen formuliert werden, innerhalb deren Beteiligung in Regensburg ablaufen kann.

Im Folgenden sind die wichtigsten Stufen und Ergebnisse dieses dreivierteljährigen Prozesses dokumentiert:



Stufe 1: Die schriftliche Befragung

Circa 700 Bürgerinnen und Bürger, die an einem der bisherigen sieben Beteiligungsverfahren (Planungsdialog Maximilianstraße, Planungsdialog Stadtteilrahmenplan Unterer Wöhrd, Runder Tisch Hochwasserschutz, Runder Tisch Kultur- und Kongresszentrum, Planungsdialog Ersatztrasse Steinerne Brücke, Planungszellen Stadtentwicklungsplan, Zukunftswerkstätten Stadt-Flusslandschaft Donau-Regen) teilgenommen hatten, wurden über ein persönliches Anschreiben des Planungs- und Baureferates gebeten, einen eigens entwickelten Fragebogen zur Bürgerbeteiligung auszufüllen. Die Rücklaufquote lag mit 139 verwertbaren Fragebögen bei ca. 20%. Die Ergebnisse der Befragung flossen in die Beteiligungswerkstatt ein.

Stufe 2: Die Beteiligungswerkstatt

Gleichzeitig mit dem Fragebogen wurden die Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Bereitschaft, an der Beteiligungswerkstatt teilzunehmen gefragt. Aus den positiven Rückmeldungen wurden 35 Bürgerinnen und Bürger sowie Ersatzteilnehmer per geschichteter Stichprobe ausgelost. Schichtungsmerkmale waren die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Verfahren, um sicherzustellen, dass von jedem Verfahren Teilnehmer anwesend waren und alle Erfahrungen in den Prozess einfließen sowie das Geschlecht. Die Beteiligungswerkstatt lief über zwei Tage.

Freitag 17.00 bis 21.00 Uhr

- Begrüßung durch das Planungs- und Baureferat, Kennenlernen
- Vorstellen der Ergebnisse der Befragung mit Rundgang an den Ergebnispostern
- Rotierende Diskussionsrunden zu den Themen:
Information/Transparenz, Umsetzung der Ergebnisse, Beteiligungszeitpunkt, Zielgruppen/Teilnehmer

Samstag 10.00 bis 17.00 Uhr

- Formulierung von Qualitätskriterien für eine effiziente und befriedigende Bürgerbeteiligung, aufbauend auf den Ergebnissen des Vortages
- Erarbeiten eines optimalen Bürgerbeteiligungsverfahrens für vier Planungsfälle (unter Beachtung des Kriterienkatalogs):
 - Feinstaubbelastung (noch nicht definierte Planung)
 - Neunutzung für den Schlachthof (Planungsideen vorhanden, aber noch Spielräume offen)
 - Planung ohne Entscheidungsspielraum (Umgehung Schwabelweis)
 - Kulturentwicklungsplan
- Definieren zukünftiger Beteiligungsthemen in Regensburg
- Weiteres Vorgehen

Stufe 3 und 4: Umsetzungsgespräche mit Mitarbeitern des Planungs- und Baureferates, Mitgliedern des Stadtrates und dem Oberbürgermeister

In den drei Umsetzungsgesprächen wurden die Ergebnisse der Befragungsaktion und der Werkstatt – besonders die Qualitätskriterien und die von den Moderatoren daraus entwickelten ersten Handlungsempfehlungen zur Beteiligung - Verwaltung, Mitgliedern des Stadtrates und Oberbürgermeister vorgestellt, diskutiert und weiterentwickelt. Übereinstimmungen und unterschiedliche Auffassungen wurden deutlich. Weitere Qualitätskriterien für eine gute Bürgerbeteiligung aus der jeweiligen eigenen Perspektive wurden formuliert.

Stufe 5: Das Feedback-Gespräch mit Mitgliedern der Beteiligungswerkstatt, Stadträtinnen und Stadträten sowie dem Planungs- und Baureferat

Der Wunsch nach einem gemeinsamen Feedback-Gespräch entstand in der Beteiligungswerkstatt. Die Ergebnisse des gesamten Prozesses (Qualitätskriterien und Handlungsempfehlungen) wurden im Feedback-Gespräch vorgestellt und abschließend hinsichtlich Übereinstimmungen, Ergänzungen und Abweichungen erörtert. Einzelne Kriterien wurden nochmals ergänzt. Das weitere Vorgehen (Stadtratsbeschluss) wurde vorgestellt.

Stufe 6: Empfehlungen zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Ergebnisse der Stufen 1- 5 wurden von den Moderatorinnen in die jeweils nächsten Stufen eingespeist und Schritt für Schritt anhand der Qualitätskriterien Handlungsempfehlungen entwickelt und in den jeweiligen Stufen mit den Teilnehmern abgestimmt. Diese Empfehlungen sind in Kapitel E dargestellt und bilden die Basis für eine Regensburger Beteiligungskultur.

B WICHTIGE ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG

Die Auswertung der Fragebögen hat gezeigt, dass die einzelnen Beteiligungsverfahren – mit wenigen Ausnahmen – von den befragten 139 Personen positiv bewertet werden (siehe Tab.1). Die Verfahren, ihre Organisation, die Auswahl der Teilnehmer, Betreuung, Moderation und Informationsinput durch Verwaltung und Fachleute erhalten im Durchschnitt gute Noten, Details sind zu verbessern. Besonders betont werden der sachliche Informationsinput durch Verwaltung und Experten, die offene Diskussion mit der Chance, eigene Ideen einzubringen, die klaren Beteiligungsstrukturen, die professionelle Moderation und die gegenseitige Wertschätzung. Kritisiert werden Eigeninteressen und Blockadehaltungen von Teilnehmern, fehlende Ergebnisoffenheit, Verfahrensstrukturen.

Stärken der Beteiligungspraxis (siehe Tab. 2)

Als Stärken wurden benannt:

- Die Möglichkeit einer offenen Diskussion und sich zu Gehör zu bringen / sich einzubringen;
- Die gute Atmosphäre und Gesprächskultur in einigen Verfahren; dass andere Bürgern da waren, mit denen man sich austauschen kann;
- Die gebotene Information, die in einigen Verfahren als ausreichend, vielfältig, gut präsentiert bewertet wurde;
- Die externe, faire Moderation einiger Verfahren;
- Die Verfahren selbst;
- Die Wertschätzung, die durch die Beteiligung gegenüber den Bürgern deutlich wurde.

Schwächen der Beteiligungspraxis (siehe Tab. 3)

Als Schwächen wurden benannt:

- Fehler in einigen Verfahren bzgl. Größe, Zusammensetzung, gewähltes Vorgehen etc.;
- Die fehlende Umsetzung der Ergebnisse;
- Die Dominanz von Eigeninteressen der Teilnehmer, Blockadehaltungen etc.;
- Die nicht ausreichende Mitwirkung von Verwaltung und Stadtrat im Verfahren;
- Die Moderation.

Die Ergebnisse variieren sehr stark je nach Verfahren und Beantworter; einzelne Aspekte, die von dem einen als Stärke gesehen wurden, wurden von einem anderen als Schwäche benannt.

Das Engagement der Stadt Regensburg zur Bürgerbeteiligung selbst wird von den Bürgerinnen und Bürgern anerkannt und positiv bewertet. So antworteten auf die Frage, wie sie das Engagement der Stadt bewerten, 44% mit sehr gut oder gut, 37% mit teils-teils und 18% mit eher schlecht oder schlecht.

Im Gegensatz zur positiven Bewertung des Engagement der Stadt in der Bürgerbeteiligung, schätzen die Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Stadt eher schlecht ein (siehe Tab. 4). Lediglich 15% bezeichnen sie als sehr gut oder gut, dagegen geben 49% eher schlecht oder schlecht an – fast eine Umkehrung der Antworten auf die obige Frage. Die Ursachen sind vielfältig, aber sie liegen weniger im Beteiligungsverfahren an sich, sondern die Sollbruchstelle liegt nach Ansicht der befragten Bürger nach dem Abschluss der Verfahren im fehlenden Feedback, in der unzureichenden bzw. fehlenden Information und Umsetzung von Beteiligungsergebnissen. Typische Begründungen sind: Fehlende Rückkopplung und Information über die Ergebnisse und die Umsetzung von Beteiligungsverfahren, zwischen Beteiligung und Umsetzung vergeht zuviel Zeit, Ergebnisse werden nicht ernst genommen und nicht bzw. nur in Teilen umgesetzt. Die Kommunikation zu den Bürgern bricht nach Beteiligung ab bzw. kommt zu spät, ist unvollständig oder unverständlich. Die Umsetzung der Ergebnisse, ihre Übernahme in Politik und Verwaltung werden aus Sicht der Befragten kaum vermittelt bzw. finden nicht statt. Positiv wird gesehen, dass es viele Möglichkeiten gibt, sich einzubringen. Diese Resultate decken sich mit den Ergebnissen in Tab.1, wo die Umsetzung der Ergebnisse, die Behandlung im Stadtrat, die Information über den Umgang mit den Ergebnissen weniger positiv bewertet werden als die Verfahren an sich.

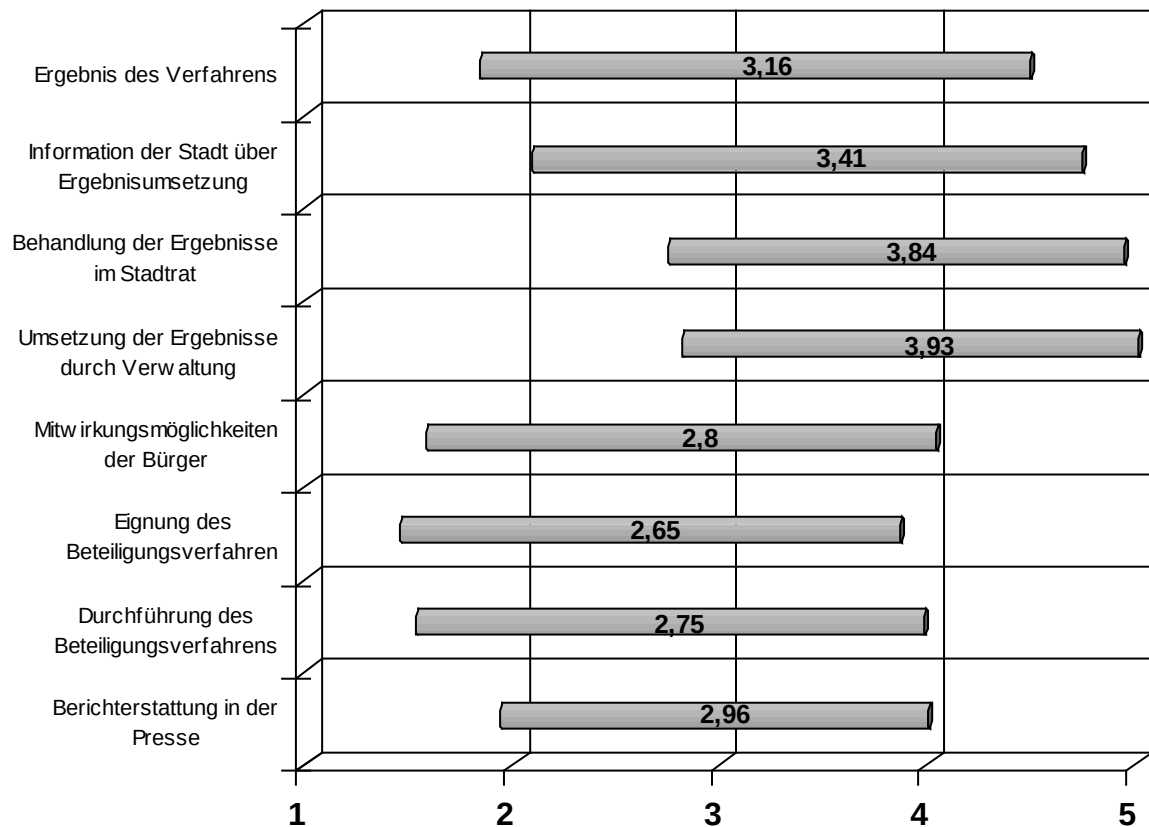
Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger an der Beteiligung zur Zukunft ihrer Stadt ist hoch. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein starkes Interesse am Dialog, insbesondere bei den Themen Altstadt, Landschaft, Sport, Freizeit, Kultur und Stadtentwicklung (siehe Tab.5). 9 % der Befragten nannten zusätzliche Themen, die sie für beteiligungsrelevant halten wie Denkmalschutz und Umgang mit der Aufgabe der Stadt als Weltkulturerbe sowie Umweltschutz, Feinstaub, Nachhaltigkeit.

Tab.1: Wie bewerten Sie insgesamt im Rückblick die Verfahren hinsichtlich...:

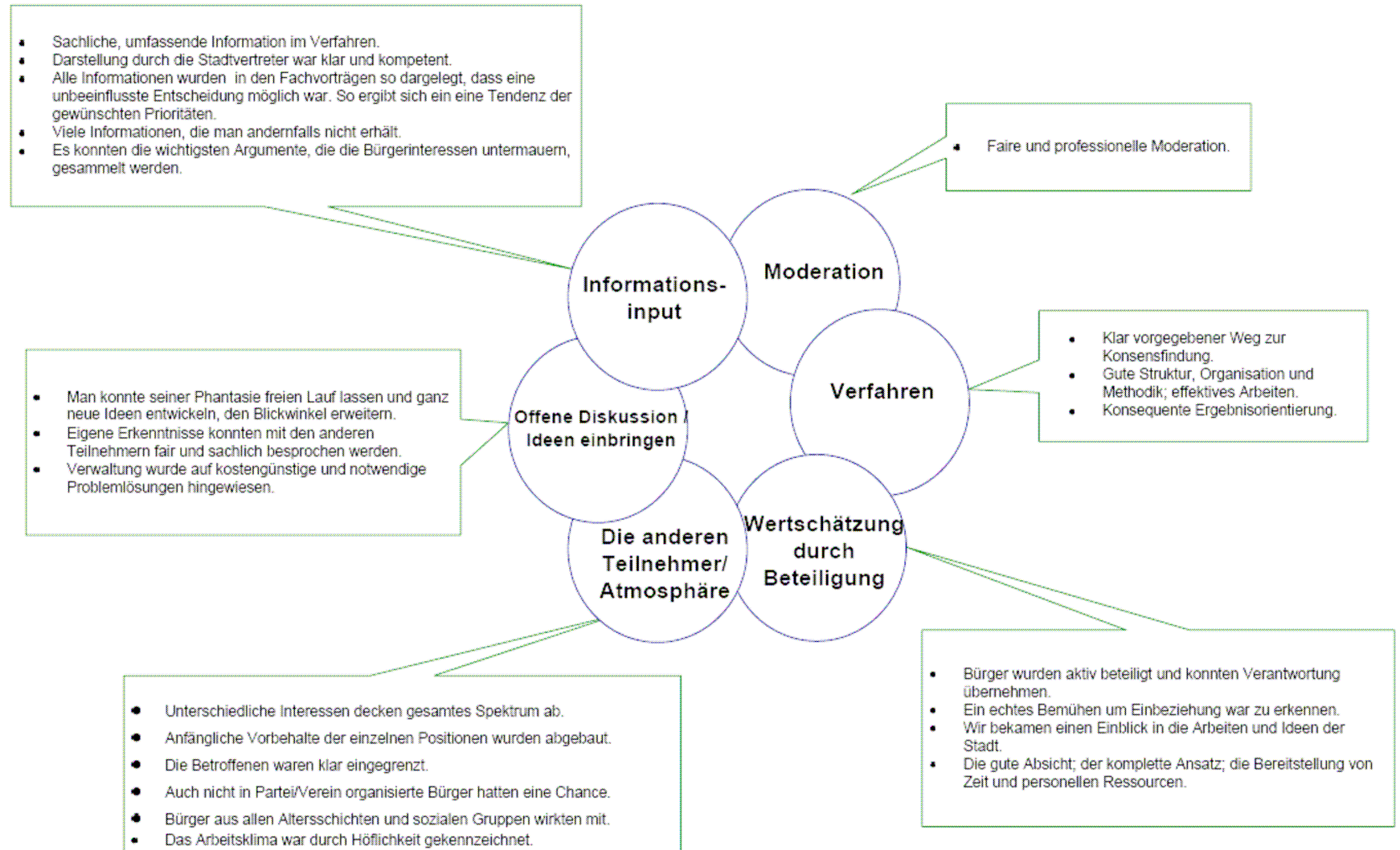
(1= sehr gut, 2=gut, 3=befriedigend, 4=ausreichend, 5=mangelhaft)

(3,16: Mittelwert)

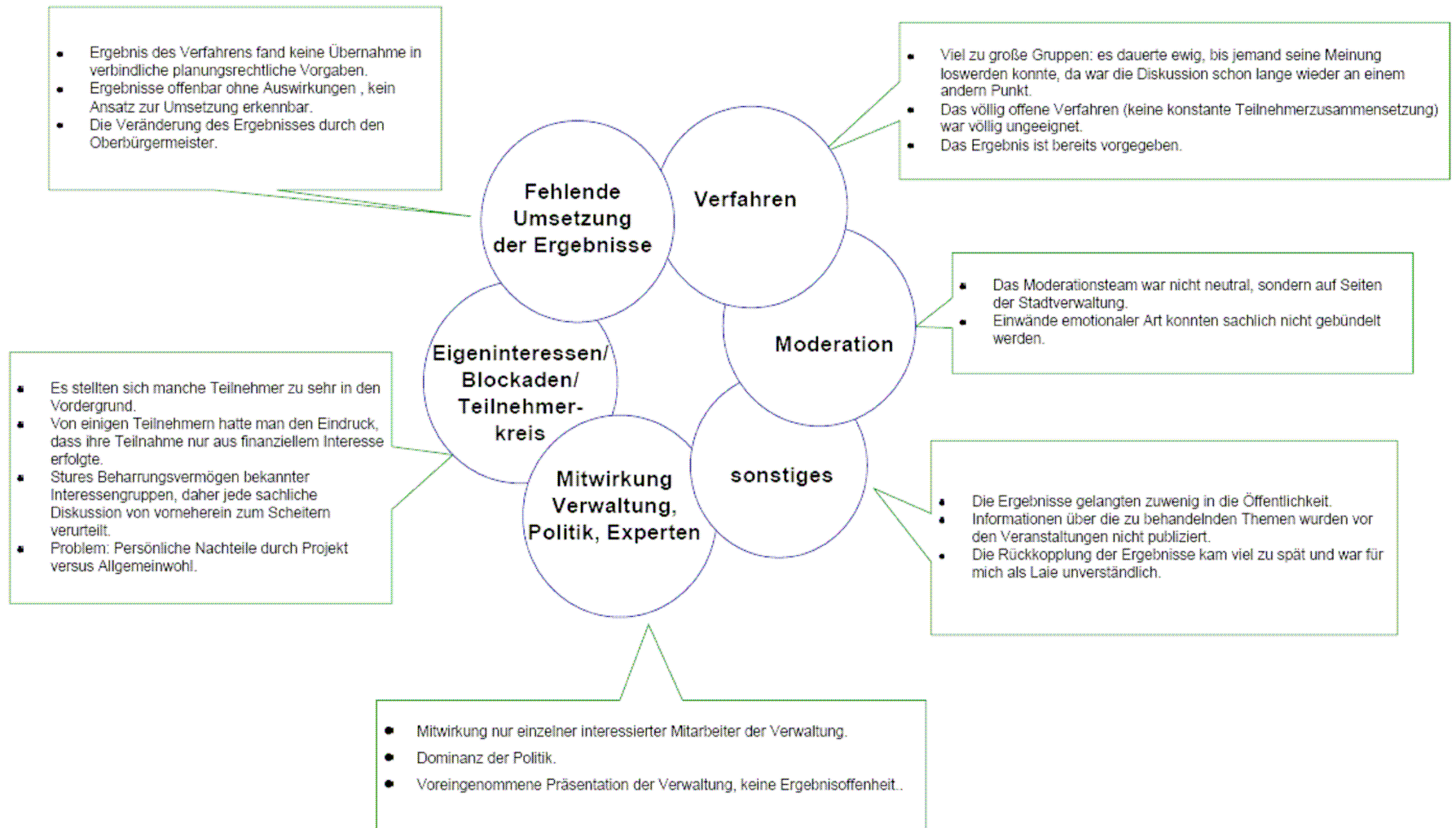
(Balken: Standardabweichung)



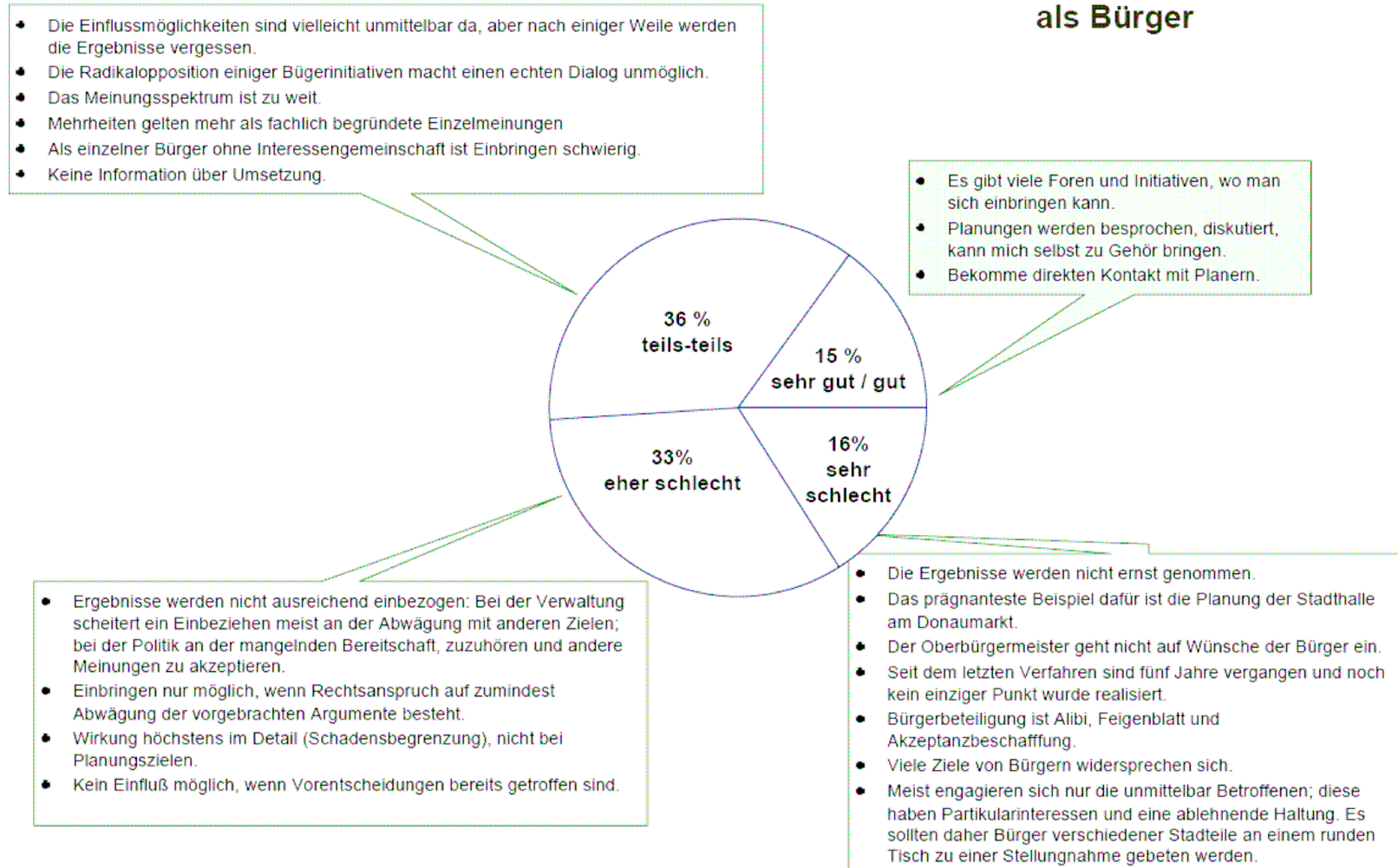
Tab. 2: Stärken der Beteiligungsverfahren



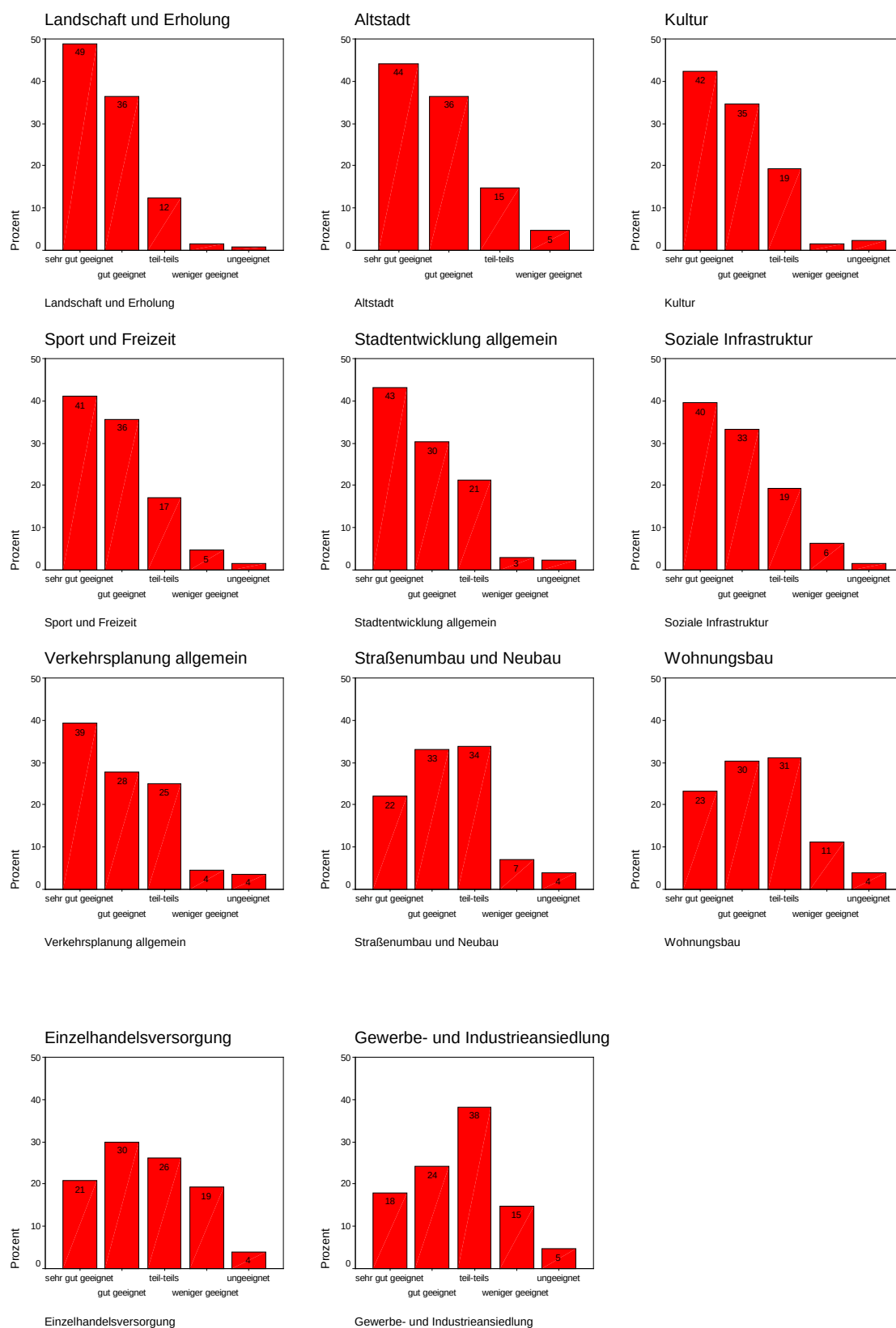
Tab. 3: Schwächen bisheriger Beteiligungsverfahren



Tab. 4: Einschätzung der Einflussmöglichkeiten als Bürger



Tab. 5: Wie geeignet sind diese Themen Ihrer Meinung nach für den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern? (N=139)



C ERGEBNISSE DER WERKSTATT

1. Bestandsaufnahme / Kritikphase

Die Werkstatt startete mit der Vorstellung der wichtigsten Ergebnisse aus der Befragung durch die Moderatorinnen, insbesondere der Einschätzung der Einflussmöglichkeiten und Stärken / Schwächen der Verfahren. Die Werkstattteilnehmerinnen und -teilnehmer ergänzten und vertieften diese Bestandsaufnahme in rotierenden Diskussionsrunden zu den Themen:

- Information und Transparenz
- Zielgruppen und Teilnehmer
- Zeitpunkt der Beteiligung
- Umsetzung

wobei im Hinblick auf die Entwicklung von Lösungen in der Kritikphase die Schwächen der Beteiligungsprozesse im Fokus der Diskussion standen.

Zu jedem Thema waren die Fragen zu bearbeiten:

- Was ist schlecht gelaufen?
- Wie sollte es sein?

Es wurden, aufbauend auf den Ergebnissen der Fragebögen, die Schwächen der vergangenen Verfahren ermittelt und daraus erste Vorschläge und Ideen für künftige Verfahren entwickelt.

1.1 Diskussionsfeld: Information und Transparenz

Was ist schlecht gelaufen?

- Keine Informationen in „Bei Uns“
- Informationen darüber, wer, wieso, wo beteiligt wird, fehlen
- man bekommt nur ausgewählte Informationen
- Oberbürgermeister informiert nicht objektiv
- Bürgerarbeit (z.B. Planungszellen) wird nachträglich verändert (Punkte 80:1-4)
- Es gibt keinen objektiven Informationsfluss
- In Regensburg gibt es nur die Mittelbayerische Zeitung, die nicht objektiv berichtet
- Stadtrat kümmert sich nicht um die Ergebnisse
- Beteiligte haben die Ergebnisse der „Zukunftswerkstatt“ nicht bekommen

Wie sollte es sein?

- Grundlage für Entscheidungen soll verbreitet werden (Interesse Verwaltung)
- Beteiligung sollte nicht nur bei Baumaßnahmen stattfinden

Informationen in Printmedien verbessern

- Ergebnisbroschüren als Beilage in Zeitungen beilegen
- Informationsblätter wie bei HW 100 sollten erstellt werden
- Dokumentation soll aktueller und kürzer werden
- Informationsmaterial in den Bürgerbüros anbieten
- Postwurfsendungen sind eine gute Sache
- Jeder Beteiligte soll eine Abschlussdokumentation erhalten
- Städtische Pressestelle informiert, wie die Stadt mit den Ergebnissen umgeht
- Presse sollte den Beteiligungsprozess begleiten – alle Meinungen darstellen und Hinweise auf vertiefende Informationen geben

Information des Stadtrats gewährleisten

- Vorstellung der Ergebnisse im Stadtrat durch Beteiligte
- Jeder Stadtrat soll die Ergebnisse erhalten
- Informieren, wann im Stadtrat über .. entschieden wird; persönliche Einladung der Betroffenen
- Beteiligte sollen den Stadratsbeschluss erhalten

Anlaufstellen einrichten

- Abteilung / Amt – für Beteiligung einrichten
- Bürger informieren Bürger - Bürgerbüro

Informationsveranstaltung für Beteiligte durch die Stadtverwaltung

- Monitoring! Präsentation der Ergebnisse nach bestimmter Zeit
- Klare Stellungnahme der Stadtverwaltung
- Klare Definition der Erwartungen durch Verwaltung, Termine, Konsequenzen
- Verwaltung soll eine klare Definition von „Bürgerbeteiligung“ erstellen

1.2 Diskussionsfeld: Zielgruppen und Teilnehmer

Was ist schlecht gelaufen?

- Beliebige Teilnahme bei Steinerne Brücke
- Bei anderen Verfahren war die Teilnehmerschaft passend
- Von vielen Beteiligungsverfahren erfährt man nichts – breiter streuen, dass Beteiligungsmöglichkeit besteht (*Widersprüche zu dieser Karte*)

Wie sollte es sein?

Stufe 1: Ideen/Zielentwicklung gesucht

- Allgemeine breite Bevölkerung, möglichst repräsentativ
- Es sollten alle Bevölkerungsgruppen beteiligt sein (Alter, Geschlecht, Wohndauer)
- Die Beteiligten aus Datenbestand auswählen

Stufe 2: Planung konkretisieren

Ziel: Rahmen vorhanden, Alternativen sollen abgewogen werden, Konflikte vorhanden

- Rahmenplanung vorhanden, aber noch keine Details festgelegt
- Teilnehmer aus vorhandenen Interessensfeldern/-vertretern auswählen, auch extreme Positionen
- Deutlich machen und einladen, wer für welche Interessen steht

Feste, verbindliche Teilnehmerschaft notwendig

- Teilnehmer müssen über Verfahrensdauer dabeibleiben und eigene Ergebnisse mittragen
- Bürgerbeteiligung nur für die, die bereit sind, sich zu informieren und qualifiziert einzubringen

Einbindung der schweigenden, breiten Mehrheit

- Ombudsleute bestellen in Verfahren mit festem Teilnehmerkreis
- Ausgewogenes Verhältnis von gewählten Vertretern und Vertretern, die „freiwillig“ kommen
- Vertreter schweigende Mehrheit: Statistisch ausgewählt oder selbst beworben

Umgang mit den direkt Betroffenen / BIs

- Betroffene müssen beteiligt werden
- Ortsnahe einbinden (und höher gewichten)
- Direkt Betroffene separat hören
- Direkt Betroffene nicht abqualifizieren
- Teilnehmer dürfen nicht „aussortiert“ werden
- Keine Politiker im Rahmen der Bürgerbeteiligung beteiligen

Beteiligung ermöglichen, die offen, nicht auf bestimmtes Projekt gerichtet ist

- Alle Bürger werden über Wahl beteiligt
- Bürgerbeteiligung soll die einbeziehen, die sich engagieren wollen – frühzeitig, bevor Problem da ist
- Offenes, dauerhaftes Podium - Stadtentwicklungsforum als Beispiel

1.3 Diskussionsfeld: Zeitpunkt für Beteiligung

Was ist schlecht gelaufen?

- Maximilianstraße war der Zeitpunkt zu spät für die Bürgerbeteiligung
- Beim Unteren Wöhrd war die Bürgerbeteiligung zu spät, da bereits das „Solar Quarter“ geplant war; betroffene Bürger waren zu massiv vertreten
- Planungszellen: Brückendiskussion war zu spät und dadurch polarisierend
- Steinerne Brücke: Einstieg zu früh, da zu unkonkret

Wie sollte es sein?

Planungszellen:

In eine frühere Stufe einsteigen; Fragen allgemeiner stellen: z.B. wie von A nach B kommen?

Maximilianstraße:

Richtiger Zeitpunkt ist: vor Ausloben des Wettbewerbs

Hochwasserschutz:

Rechtzeitige Beteiligung (100-jähriger)

Kultur- und Kongresszentrum:

Rechtzeitiger Einstieg, unabhängig vom Umgang mit dem Ergebnis

Zukunftswerkstatt:

Richtiger Zeitpunkt, Dialoge müssen weitergeführt werden

Allgemein

- Bürgerversammlungen als Informationsbörse auch für frühe Projektideen nutzen
- Bürgergespräche in den Ortsteilen stärker nutzen; Klären: wann ist ein stärkerer Dialog nötig
- Beteiligungsverfahren in zwei Phasen mit den gleichen Teilnehmern durchführen (Einladung)
- Informationsworkshop einem Beteiligungsverfahren voranstellen (sachlichere Diskussion möglich)
- Brainstorming vorziehen, um Informationen bereitzustellen für die Hauptveranstaltung
- Bürgerbeteiligung darf nicht für politische Interessen instrumentalisiert werden
- Offenheit bei der Planung muss gegeben sein
- Verfahren darf nicht unter Zeitdruck durchgeführt werden
- Betroffene Bürger möglichst früh anhören
- Notwendige Fakten müssen vollständig vorgestellt werden
- Stadt muss Diskussionsgrundlage genau vorgeben
- Sachliche und unbefangene Diskussion muss möglich sein

1.4 Diskussionsfeld: Umsetzung

Was ist schlecht gelaufen?

- Umsetzung lässt zu lange auf sich warten
- Definition fehlt: Welche Erwartungen hat die Verwaltung an BB?
- Vorschläge außerhalb der Verwaltung werden nicht wahrgenommen
- Ergebnisse aus dem Stadtrat in Unterausschüsse vertagen kostet Zeit
- Stadtrat stiehlt sich durch Bürgerbeteiligung aus seiner Verantwortung
- Versprechungen von Stadtrat und Verwaltung werden nicht eingehalten (Bsp. §34 Unterer Wöhrd)
- Umsetzung der Ergebnisse ist konträr zum Ergebnis der Beteiligung
- Information über die Umsetzung kommt zu spät
- Information der Stadt über die Ergebnisse eines Beteiligungsverfahrens ist zu selektiv
- Bürger hören zu lange nichts über die Ergebnisse der BB
- Falsche Erwartungen werden bei Bauleitplanverfahren geweckt
- Formalisierte Verfahren reichen nicht aus
- Erwartung der Bürger, dass Ergebnisse zu 100 Prozent übernommen werden, ist überhöht
- Beteiligungsverfahren behindern sich gegenseitig und verzögern die Umsetzung (*Widersprüche zu dieser Karte*)
- Was passiert mit nicht realisierbaren Projekten? Wandern die in den Papierkorb?

Wie sollte es sein?

Verantwortung der Verwaltung

- Prüfungsaufträge der Bürger an die Verwaltung müssen eindeutig vollzogen werden
- Verwaltungszusagen müssen eingehalten werden (abh. von Stadtratsbeschluss)
- Bei Nichtumsetzung von Bürgervorschlägen ist eine detaillierte Begründung gewünscht
- Verwaltung soll informieren, wenn Vorschläge nicht umgesetzt werden
- Informationen der Bürger bewerten/Feedback durch Verwaltung an Beteiligte notwendig

Verantwortung der Bürger

- Beteiligte übernehmen Aufgabe als „Botschafter“ ihres Projektes, wenn das Ergebnis passt
- Beteiligte müssen klären: Was können wir mittragen, was nicht? (Sollbruchstelle)
- Mehrheitsentscheidungen müssen auch akzeptiert werden

Verantwortung des Stadtrates

- Stadtrat soll erklären, wenn Ergebnisse nicht umgesetzt werden und warum
- Nichtumsetzung durch Stadtrat wird bei Begründung akzeptiert
- Austausch der Standpunkte im Stadtrat notwendig
- „Macht“ muss neu definiert werden
- Anderes Wort für Beteiligung finden: Stadtrat soll mutiger entscheiden, ist dazu befugt

Umsetzung kommunizieren

- Ergebnisse über Ausstellungen, Wettbewerbe transportieren bzw. einbinden
- Ganz konkrete Wünsche, Maßnahmenvorschläge sollen auch konkret umgesetzt werden (z.B. Toilettenforderung aus Planungszellen)
- Konkrete Ausführungen der umgesetzten Ergebnisse den Beteiligten vorstellen - Kontrolle
- Übernahme von Bürgervorschlägen bei Bauleitplanverfahren auch als Bürgerideen kennzeichnen
- „Jour Fix“ mit Verwaltung, Stadtrat, um Umsetzung zu kontrollieren
- Umsetzung von BB-Ergebnissen im Amtsblatt darstellen (da unabhängig von MZ)
- Ständige Einrichtung an einem ständigen Ort in gleichen Zeitabständen ist sinnvoll
- „Bei uns“ als Informationsquelle nutzen
- Alle sollen Wahrheit und Wahrhaftigkeit üben

Zeiträume klar definieren

- Beteiligte brauchen vor Beginn eines Beteiligungsverfahrens klare Information vorher über Umsetzungszeiträume
- Spätestens ein viertel Jahr nach Abschluss eines Beteiligungsverfahrens Behandlung im Stadtrat und Berichterstattung an die Bürger (Hauswurfsendung)
- Stadtrat soll über die Umsetzung von BB-Ergebnissen in der gleichen Legislaturperiode entscheiden
- Information und Umsetzungsempfehlungen sollen zeitnah erfolgen – innerhalb eines Jahres
- Kontinuierliche Information über Ergebnisse und Umsetzung erwünscht
- Feedback wichtig: Zeitraum abhängig von den Ergebnissen

Umsetzungsgrenzen erkennen und kommunizieren

- Wann macht es keinen Sinn zu beteiligen, weil man Leute nur frustriert?
- Grenzen bei der Umsetzung sind Haushalt und technische Machbarkeit: Muss kommuniziert werden

Beteiligungsrahmen definieren

- Beteiligungsrahmen muss zu Beginn eines BB-Verfahrens eindeutig benannt werden
- Gespräch mit Stadt suchen auch ohne konkrete Planungen und Verfahren
- Parteiische Veranstaltungen in gegenseitiger Achtung von Vereinen, Bürger
- Gewünscht sind eigene kleinräumige Informationsveranstaltungen (zusätzlich zu BV und EV)
- Weniger auswärtige Experten, mehr Regensburger Know-How *versus* Blick von außen kann hilfreich in (*Widersprüche zu dieser Karte*)

2. Ideenphase: Qualitätskriterien für Bürgerbeteiligung

Aus den Kritikpunkten und Vorschläge des Freitag Abends entwickelten die Moderatorinnen Vorschläge für Qualitätskriterien, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Samstag Vormittag diskutiert und weiterentwickelt wurden. Dabei gab es folgende Anforderungen:

- Die Kriterien sollen für alle Beteiligungen gleichermaßen gelten, also allgemein formuliert sein.
- Sie sind als Handreichung für Verwaltung und Stadtrat gedacht, woran die Bürger gute Beteiligung messen.
- Mit dieser „Checkliste“ könnten zukünftige Beteiligungsverfahren geplant werden.

Anschließend an die Diskussion wurde zusammengestellt, welche Kriterien tatsächlich von allen Teilnehmern des Workshops mitgetragen werden: Die mit rotem (K) gekennzeichneten Kriterien waren Konsens; die vier Kriterien, welche nicht die volle Zustimmung erhielten, sind mit abweichenden Voten gekennzeichnet.

Qualitätskriterien für Bürgerbeteiligung

Verfahren

- o Spielraum für die Verhandlungen ist klar abgesteckt und wurde kommuniziert (- 1)
- o Der Teilnehmerkreis ist für das gesamte Verfahren eindeutig definiert (K)

- o Es gibt ein geeignetes Verfahren, wie die schweigende Mehrheit eingebunden wird (K)
- o Es gibt ein geeignetes Verfahren, wie direkt Betroffene beteiligt werden (K)
- o Verfahrensart ist richtig betitelt (K)
- o Zeitpunkt der Beteiligung ist richtig gewählt (K)

Verfahren von Bürgern ausgelöst

- o Verfahren, ausgelöst durch Verwaltung und Bürger, finden Niederschlag im Stadtrat (K)

Konkrete Projekte oder Maßnahmen

- o Interessengruppen werden eingebunden, bevor ein Plan vorliegt (- 1)
- o Spielräume müssen noch offen sein, damit Beteiligung Sinn macht (K)
- o Mehrstufige Verfahren ermöglichen - Dinge werden ausdiskutiert. (K)
- o Erste Stufe: Ziel-/Ideenfindung mit breiter Öffentlichkeit - frühzeitig - (K)
- o Zweite Stufe: Alternativen-/Konfliktabwägung mit Interessenvertretern und direkt Betroffenen (K)

Bürger

- o Teilnehmer informieren und qualifizieren sich für die Teilnahme (K)
- o Beteiligte treten aktiv für die von ihnen mitgetragenen Ergebnisse ein. (K)
- o Es gibt eine verbindliche Teilnahme am Verfahren. (K)

- o Es ist deutlich benannt, wer für welche Interessen steht. (K)
- o Gewählte Sprecher des Beteiligungsverfahrens informieren Stadtrat über Ergebnisse in der Stadtratssitzung. (K)

Verwaltung

- o Verwaltung schafft Transparenz in ihren Verfahrensabläufen (K)
- o Verwaltung hat Ziele und Erwartungen für die Bürgerbeteiligung klar benannt. (K)

Stadträte

- o Entscheidungsträger nehmen als Beobachter teil. (K)
- o Beteiligte erhalten eine qualitätsvolle Begründung bei Nichtumsetzung. (K)

Information

- o Erstinformation über Planung ist knapp dargestellt und wird breit gestreut. (K)
- o Notwendige Infos zur Planung werden im Vorfeld und ergebnisoffen zur Verfügung gestellt. (K)
- o Ergebnisse der Planung sind knapp dargestellt und werden breit gestreut. (K)
- o Bürger können sich an einer Stelle umfassend und neutral informieren. (K)

Umgang mit Medien / Presse

- o Einbindung der Presse muss im Vorfeld geklärt werden (K)
- o Verfahren wird durch professionelle Pressearbeit begleitet. (- 1)

Umsetzung

- o In angemessenen Zeitabständen und angemessener Weise werden die Beteiligten über die Ergebnisumsetzung informiert. (K)
- o Stadtratsbeschluss geht direkt an die Teilnehmer. (K)
- o Am Verfahren beteiligte Bürger werden rechtzeitig vor Stadtratsbehandlung informiert. (K)

Erklärungen zu den abweichenden Voten:

Spielraum für die Verhandlungen ist klar abgesteckt und wurde kommuniziert:

Interessengruppen werden eingebunden, bevor ein Plan vorliegt.

Gewählte Sprecher des Beteiligungsverfahrens informieren Stadtrat über Ergebnisse in Stadtratssitzung:

P. Seywald: Bei Verfahren mit polarisierten Meinungen ist es schwierig Sprecher zu finden, die für alle vor dem Stadtrat berichten können.

Verfahren wird durch professionelle Pressearbeit begleitet.

G. Sandner: Kompetente Vertreter der Presse sind dauernd in das Verfahren konstruktiv/aktiv mit eingebunden.

Neben den Kriterien für Beteiligung wurden Vorschläge gesammelt, wie die Kommunikation zwischen Bürgern und Stadtrat verbessert werden könnte:

- Öffentliche Bürgerstunde vor Stadtratssitzungen zur Verbesserung der Kommunikation
- Verfahrensbeteiligte Bürger erhalten Präsentationsrecht im Stadtrat

3. Umsetzungsphase: Abläufe für Beteiligungsverfahren

Nach der Erarbeitung der Qualitätskriterien wurden in vier Arbeitsgruppen (AG) für verschiedene Planfälle Abläufe für ein Beteiligungsverfahren erarbeitet. Diese Abläufe sollen beispielhaft zeigen, wie die Qualitätskriterien in den Verfahren umgesetzt werden können. Die vier Beispiele bilden unterschiedliche Planungsstadien und damit Beteiligungsanlässe ab:

- Eine Planung, die sich noch in der Ideenphase befindet am Beispiel Feinstaubbelastung / Luftreinhalteplan;
- Eine Planung, wo die Rahmenplanung schon feststeht, aber die Detailplanung noch offen ist am Beispiel Schlachthofareal;
- Eine Planung, wo sowohl Rahmen- als auch Detailplanung schon feststehen am Beispiel des Bebauungsplans Umfahrung Schwabelweis;

- Ein Planfall, den die Teilnehmenden selbst wählten aus einem anderem Verwaltungsbereich: Das Beispiel Kulturentwicklungsplan.

Diese Fragestellungen wurden in allen vier Arbeitsgruppen diskutiert:

- Wer wird wann informiert / beteiligt?
- Wie soll die Bürgerbeteiligung ablaufen?
- Was soll Verwaltung und Stadtrat leisten? Was sollen die Bürger beitragen?

Für die Planfälle 1-3 bereitete die Stadtverwaltung (Stadtplanungsamt) Informationen vor, die es den Teilnehmern ermöglichten, sich in den jeweiligen Verfahrenstand hinein zu versetzen. Der Input für den Planfall vier (Kultur) übernahmen Teilnehmer der AG.

Es entstanden vier unterschiedliche Modelle, die auch die Beteiligungserwartungen der AG-Mitglieder widerspiegeln.

3.1 Beteiligungsverfahren Feinstaubbelastung / Luftreinhalteplan

Arbeitsvorlage

Der Europäische Rat hat 1999 die Luftqualitätsrahmenrichtlinie (96/62/EG) beschlossen, in der unter anderem Beurteilungsmethoden und Grenzwerte für Feinstaub festgelegt werden. Diese Richtlinie ist 2002 in nationales Recht überführt worden. Danach gelten maximale Grenzwerte für Feinstaub PM_{10} (Tagesmittelwert: $50 \mu g/m^3$ mit maximal 35 Überschreitungen im Jahr; Jahresmittelwert: $40 \mu g/m^3$, es ist keine Überschreitung zulässig).

Sollten diese Grenzwerte überschritten werden, besteht die Pflicht zur Aufstellung eines Luftreinhalteplanes. Ein Luftreinhalteplan soll erforderliche Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung der Luftverunreinigungen festlegen.

Feinstaub ist ein raumübergreifendes Problem, das schwer einem spezifischen Ort zugeordnet werden kann. Wichtigste Feinstaubquellen sind:

- *Industrieprozesse (größter Anteil im bundesdeutschen Durchschnitt)*
- *private Haushalte und Kleinverbraucher, insbesondere durch Heizungsanlagen*
- *Verkehr, sowohl verbrennungsbedingt als auch durch Abrieb.*
- *Landwirtschaft (durchschnittlicher Anteil an der europäischen PM_{10} -Emission beträgt etwa 9 %)*

Da die Grenzwerte in Regensburg überschritten werden ist ein Luftreinhalteplan, der Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung der Luftverunreinigung beinhaltet, aufzustellen.

Zusammenfassung

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe haben ein Beteiligungsverfahren skizziert, das mit einer Vorphase beginnt, in der ein klarer Auftrag über die Beteiligung erfolgt und die notwendigen Daten erhoben werden. Das Verfahren selbst beginnt mit einer breit angelegten Informa-

tionsphase, in der möglichst viele Menschen informiert und angeregt werden. In der Beteiligungsphase erarbeitet ein Runder Tisch mit fester und verbindlicher Teilnehmerschaft aus Verursachern und Schützern einen Maßnahmenkatalog. In dieser Phase sind Interessenausgleich und Konsenssuche kennzeichnend. Das Verfahren mündet in eine Umsetzungsphase, wo es darum geht, die Ergebnisse in den politischen Prozess einzuspeisen sowie Ergebnisse immer wieder zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

Vorphase

- Klarer Auftrag durch den Regensburger Stadtrat und das Umweltamt über Beteiligung (Ziele + Verbindlichkeit) ist erfolgt
- Datenrecherche ist erfolgt, Messwerte sind vorhanden

Informationsphase

Handzettel an alle Bewohner (als Beilage in Anzeigenblätter und „Bei uns“) der Stadt Regensburg und des Umlandes

Inhalt:

- Grundinformationen zu Luftreinhaltung
- Notwendigkeit der Aufstellung eines Plans
- Jeder ist an der Belastung beteiligt!

Bürger-Informationsveranstaltung(en), in der auch Experten Fachinformationen präsentieren

Diese Informationen werden breit in die Öffentlichkeit getragen.

Parallel: Professionelle Unterstützung, wie so ein Thema „in die Köpfe kommt“
Bewusstseinsbildung anregen mit vielen Akteuren (Schulen, vhs, ...)
Input zu „best practices“ aus anderen Kommunen

Beteiligungsphase

Fester Teilnehmerkreis von Interessenvertreter mit verbindlicher Teilnahme. Um die „schweigende Mehrheit“ einzubinden sind Plätze für Bürger-Ombudsleute reserviert, die mit der Bevölkerung in Kontakt stehen.

Ziele des Verfahrens:

- Maßnahmenkatalog mit Gewichtung bzgl. ihrer Wirksamkeit erarbeiten
- Reduktionsziele für Regensburg festlegen und dazugehörige Zeiträume

Umsetzungsphase

2 – 3 gewählte Sprecher tragen die Ergebnisse den zuständigen politischen Gremien vor

Die Ergebnisse werden publiziert:

- Langfassung im Internet
- Kurzfassung an Stadtrat und Medien

Abgleich der Ergebnisse mit dem städtischen Luftreinhalteplan

Stadtratsbeschluss über die Maßnahmen

Stadtrat begründet abweichende Beschlüsse nachvollziehbar

Parallel: Bewusstseinsbildung für Bürger bei Umsetzung von Maßnahmen
Gesetzliche Grundlagen werden geschaffen

Jährliche Überprüfung und Evaluierung des Maßnahmenkatalogs:

Umweltamt legt Bericht vor und diskutiert ihn mit dem Beteiligungsgremium

u.U. folgt dann Fortschreibung und/oder neues Beteiligungsverfahren über Veränderungen

Teilnehmer in der Beteiligungsphase:

Das Beteiligungsgremium besteht aus einem Innenkreis und Außenkreis (beobachten und geben ggf. Input)

Innenkreis (Verursacher und Schützer)

- Private Haushalte
- Pendler
- Umlandbewohner
- Industrie, Handwerk und Gewerbe
- Landwirtschaft
- Interessenvertreter Verkehr (ADAC, VCD, ADFC)
- Umwelt- und Naturschutzverbände
- Mediziner

Außenkreis

- Stadt Regensburg (Stadtträte, Verwaltung)
- Regierung der Oberpfalz
- Kommunale Vertreter + Landkreisvertreter

Teilnehmende der Arbeitsgruppe:

Ruth Fehrmann, Rudi Präsl, Regina Schober, Sabine Reithinger, Roland Stahl, Elisabeth Hensler, Klaus Wörle, Peter Streck, Anette Saß, Norbert Hanke

3.2 Beteiligungsverfahren Neunutzung Schlachthofareal

Arbeitsvorlage

Handlungsbedarf im Schlachthofareal

Das zwischen der Innenstadt und dem Westhafen liegende Gebiet um den Regensburger Schlachthof war lange Zeit aus dem Bewusstsein der Bevölkerung geraten. Die Einstellung des Schlachtbetriebes im Jahr 1995 und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Aktivitäten der dort ansässigen Firmen hat zur Verschärfung städtebaulicher Missstände beigetragen. Wegen der fehlenden Planungssicherheit bezüglich des Standortes Schlachthof haben die verbliebenen Firmen im Schlachthof erforderliche Investitionen zurückgestellt. Dies hat die städtebaulichen Mängel im Umfeld des Schlachthofs in Form von leer stehender Bausubstanz und weitläufigen Brachflächen verschärft.

Stadtentwicklung

In unmittelbarer Nähe zur historischen Altstadt, zentral erschlossen für IV und ÖPNV, soll durch eine städtebaulich und architektonisch anspruchsvolle Neuordnung und Umnutzung des Gebietes zwischen Nibelungenbrücke und Schlachthofareal, ein neues attraktives Stadtquartier entstehen. Übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung eines multifunktionalen

Dienstleistungsparks am Wasser, in dem sich Arbeiten, Kultur, Freizeit und Wohnen ergänzen. Dabei muss eine wirksame Trennung zwischen den potenziellen Konflikten aus intensiver Hafennutzung und Wohnbebauung gefunden werden.

Von der Verwaltung wurde zwischenzeitlich eine städtebauliche Rahmenplanung erstellt. Kernstück der Planung ist eine Marina zwischen Babostraße und Schlachthof. Auf der anderen Seite haben die vom sanierten BayWa-Speicher ausgehenden Impulse des IT-Gründerzentrums neue ökonomische, soziale und kulturelle Perspektiven für das Quartier eröffnet.

Gesucht wird eine neue Nutzung für einen Teil des denkmalgeschützten Schlachthofes (Zollinger- Holzdeckenkonstruktion 1925-1928), die in das Nutzungs- und Strukturkonzept passt.

Zusammenfassung

Diese Arbeitsgruppe hat in ihrem Vorschlag für ein Beteiligungsstadium, in dem sich Interessengegensätze und direkte Betroffenheiten artikulieren, die Bedeutung der Bevölkerung vor Ort betont. Deren Meinung, Kritik und Ideen sollen erhoben werden und in der Planung einen hohen Stellenwert erhalten. Der Vorschlag sieht auch vor, dass es ohne die Zustimmung der Betroffenen keine Fertigstellung der Planung und keine Umsetzung geben soll.

1. Stufe der Bürgerbeteiligung

erfolgte 2000 mit der Durchführung der Zukunftswerkstätten. Auf diesen Ergebnissen wird aufgebaut

2. Stufe der Bürgerbeteiligung

sieht vor, dass der derzeitige Planungsstand als Information in das Viertel getragen und den Anwohnern evtl. über Schautafeln, Presse, Internet, Donaustrudel präsentiert wird. Der Plan sollte als Schautafel direkt vor Ort aufgestellt werden. Gleichzeitig sollen die Anwohner eine Möglichkeit bekommen eigene Ideen und Vorschläge in vor Ort aufgestellten Zettelkästen zu hinterlegen.

Die Verwaltung kann damit in einem bereits frühen Stadium die Interessen der Bürger mitverfolgen und Planungsaspekte aus der Bevölkerung einarbeiten.

3. Stufe der Beteiligung

Alle drei Monate wird die überarbeitete Planung ausgetauscht und den Bürgern der neueste Stand präsentiert. Alles steht so lange wie möglich zur Diskussion.

4. Stufe der Beteiligung

Bevor es zum endgültigen Bebauungsplan kommt wird eine Bürgerversammlung einberufen, bei der die Bürger- und Verwaltungsideen diskutiert und entschieden werden.

5. Stufe der Beteiligung

Sollte es zu keiner Einigung kommen wird eine Bürgerbeteiligung zur Weiterentwicklung der Planung eingeleitet. Es handelt sich hierbei um einen Kreis interessierter Bürger und Gruppenvertretern. Die Teilnehmer müssen sich zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit auch über einen längeren Zeitraum bereit erklären. Sowohl Eigentümer als auch Anwohner sind als Gruppe vertreten. Ziel ist es einen Bebauungsplan erstellen zu können.

6. Stufe der Beteiligung

Sollte dieses Ziel nicht im Konsens erreicht werden können, bleibt die Option abzuwarten und nichts zu tun – und eventuell die Planung zu einem späteren Termin wieder aufnehmen. Es sind auch Teillösungen möglich, indem nur ein Teil des Areals bebaut wird, über das Konsens herrscht).

Teilnehmende der Arbeitsgruppe:

Heiner Krüner, Walter Cerull, Astrid Loeprecht, Karlheinz Gleich

3.3 Beteiligungsverfahren Umfahrung Schwabelweis

Arbeitsvorlage

Der Stadtteil Schwabelweis besteht aus einem weitgehend geschlossenen Siedlungsbereich zwischen Donaustauer Straße und Donau. In diesem Bereich bestehen nur noch geringe Entwicklungsmöglichkeiten. Eine städtebauliche Entwicklung des Stadtteiles ist daher nur nördlich der Donaustauer Straße möglich. Als überörtliche Straße (Staatsstraße) weist die Donaustauer Straße eine hohe Verkehrsbelastung auf (18.000 Kfz/Tag), überwiegend Durchgangsverkehr.

Zur Sicherung der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung des Stadtteiles Schwabelweis wurde ein Bebauungsplan aufgestellt, der auch eine Umfahrung von Schwabelweis enthält. Für den Stadtteil Schwabelweis, wie auch für die östlich angrenzende Gemeinde Tegernheim ist seit langem eine Umfahrung geplant. Die Realisierung ist neben der Finanzierung auch daran gescheitert, dass keine Einigung über eine Nord- oder Südumfahrung erzielt werden konnte. Für den Stadtteil Schwabelweis kommt aber nur eine Nordumfahrung in Frage, weil die dichte Bebauung und die Nähe zur Donau keine Südumfahrung ermöglicht.

Für die Bearbeitung in der Werkstatt ist anzunehmen, dass die Siedlungstätigkeit im Bebauungsplangebiet weitgehend abgeschlossen ist und die Umfahrung von Schwabelweis nun realisiert werden soll. Die Maßnahme würde die Aufenthalts- und Lebensqualität im Stadtteil verbessern und durch die Einführung von Tempo-30-Zonen auch das Unfallrisiko reduzieren. Die „Neubürger“ halten die Umgehung von Schwabelweis für nicht erforderlich und sehen die Umgehungsstraße als eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer jetzigen Wohnsituation an.

Die Regierung der Oberpfalz hat im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens einen Erörterungstermin festgesetzt.

Zusammenfassung

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe geht auf die Schwierigkeit ein, dass grundsätzliche Festlegungen für die Planung schon erfolgten und die Beteiligung hierzu schon weit zurückliegt. Der Fokus liegt darauf, die beschränkten Handlungsspielräume transparent werden zu lassen und das lokale Vor-Ort-Wissen der Bevölkerung für die Detailplanung einzubinden. Innerhalb dieser Handlungsspielräume werden zwei Vorgehensweisen für die Beteiligung zur Detailplanung skizziert.

Von diesen Voraussetzungen ist die Arbeitsgruppe ausgegangen

- Die Umfahrungs-Trasse ist im Flächennutzungsplan festgelegt.
- Die Beteiligung findet zwischen Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens und dem Erörterungstermin im Rahmen der Planfeststellung statt.
- Der offizielle Erörterungstermin selbst reicht nicht aus, um das Wissen der Bürgerinnen und Bürger sichtbar werden und einfließen zu lassen.
- Der Handlungsspielraum für Bürger ist klar definiert: Die Trassenplanung ist abgeschlossen und unveränderlich; Details (Wegeführungen, Begrünung, Unter-Überführungen, Tunnellage, Art des Lärmschutzes) sind noch offen.

Einladung der Bürgerschaft

Eingeladen werden mit einer persönlichen Einladung und einer Information (Flyer) ALLE Schwabelweiser, gleichzeitig wird per Presseinformation die Gesamtbevölkerung informiert.

Inhalte der Einladung: Status-Situation, Offenlegen des Gestaltungsspielraums (nur noch Details verhandelbar), Flyer als Beilage

Ablauf des Verfahrens

Eine erste Informationsveranstaltung für alle mit den Zielen:

- Verwaltung möchte lokales Know-how der Bürgerinnen und Bürger erfahren;
- Kosten, Daten (z.B. Verkehrsaufkommen), Handlungsspielraum soll transparent gemacht werden;
- Bürger sollen Anregungen im Rahmen des Handlungsspielraumes entwickeln;
- Klären, ob ein externer Moderator eingesetzt wird.

Alternative 1

Verwaltungsintern

Verwaltung erarbeitet konkrete Alternativen aus anhand der Ergebnisse der ersten Informationsveranstaltung

Alternative 2

Öffentlich

Vertiefender Workshop

für Interessierte:

- Skizzieren, Vertiefen der Anregungen aus der 1. Informationsveranstaltung

- Unterstützung und Beratung durch Fachleute und Planer

Verwaltungsintern

Verwaltung erarbeitet konkrete Alternativen

Präsentation der Ergebnisse in einer 2. Informationsveranstaltung

Umsetzung

Teilnehmende der Arbeitsgruppe:

Dorothee Friedrichs, Peter Seywald, Ingeborg Hubert, Christian Markus, Reinhard Rieger, Hugo Rückerl

3.4 Beteiligungsverfahren Kulturentwicklungsplan (K.E.Pl.)

Informations-/Definitionsphase

- Die Definition des Begriffes (Kulturentwicklungsplan) für Regensburg.
- Der innere Widerspruch des Begriffes muss geklärt werden.
- Als Ausgangspunkt für einen K.E.Pl. steht der K.E.Pl. von Dr. Meyer als einziges vorliegendes Werk.
- Wie wird Kultur definiert?
- Als Eingrenzung = Verhinderung einer Grenzenlosigkeit
- Das bedeutet es müssen Kulturkriterien aufgestellt werden mittels Begriffsfindung.
- Es benötigt Werkzeuge für den K.E.Pl. Städte, die einen K.E.Pl. bereits haben können einflussreich mitwirken. (EG, Städtetag)

Arbeitsphase

- Standortbestimmungen erfolgen in der Gruppe unter Öffentlichkeitsbeteiligung
- Wie ist die Rolle des Kulturbeirates? Ist sie der Spiegel der Kulturszene(n)?
- Bestandsaufnahme erfolgt durch die Verwaltung unter Begleitung des Kulturbeirates.
- Geklärt werden muss wer in welchem Umfang zuständig ist.
- •Das Verfahren ist ein Kollegiales unter den Stichworten: frei, institutionalisiert, sozial
- Welche Rolle die Beteiligten spielen ist noch zu klären (Referat, Beirat).
- Wichtig dabei ist: Die Jungen sind die Zukunft!

- Teilnehmer: Begrenzung, Definition der TN muss vorab erfolgen, Referenten von außen.
- Die Entwicklung eines K.E.Pl. erfolgt pyramidenförmig. Man bedient sich einer möglichst breiten Basis, verdichtet die Diskussion immer stärker, so dass der K.E.Pl. als Quintessenz hervortritt. Ein Kriterienkatalog sollte auch die „schweigende Mehrheit“ mit berücksichtigen
- Einladungen für die Mitarbeit erfolgt über die Verwaltung. Das Referat lädt dazu Gruppen, Beteiligte, Betroffene ein.
- Das Verfahren kann sowohl als Modell mit einer offenen Teilnehmerschaft wie auch mit einer begrenzten Teilnehmerrunde durchgeführt werden.
- Die Erarbeitung des Plans wird professionell moderiert. („open space“ „open source“)
 - es erfolgen Einladungen an Interessierte
 - es gibt Beiträge von Innen und von Außen
 - Bestandsaufnahme erfolgt via „Brainstorming“
 - Sammlung von Ideen
 - Das Verfahren unterliegt dem Entwicklungsprozess
 - Für die Verdichtung sind zeitliche Freiheiten einzuräumen
 - Öffentlichkeit wird mit eingebunden

Der K.E.Pl. muss offen und flexibel bleiben. Ist als Leitlinie zu betrachten.

Für den Entwicklungszeitraum werden 1-2 Jahre angesetzt.

Der Plan selbst kann für 2-5 Jahre konzipiert werden, wird aber immer neu fortgeschrieben.

Kriterien, (Geldvergabe, Qualität) müssen festgelegt werden

Etatplanung: Zur Absicherung des Planes benötigt es eine konkrete Etatzusage.

Unter dem Begriff Kunst muss sich möglichst viel wieder finden können, z.B. auch der Umgang mit Denkmal, Baudenkmal unter nicht touristischen Aspekten.

Teilnehmende der Arbeitsgruppe:

Jürgen Huber, Karin Piller, Peter Morsbach, Martin Dallmeier, Margarethe Zillich, Hannelore Schmidt, Gerhard Sandner, Helga Kessler-Elz, Werner Chrobak, Manfred Veits

4. Abschlussdiskussion

Wo liegen die Grenzen von Bürgerbeteiligung?

- „Gefühlte Information“ contra vorhandene Information
- Bürgerbeteiligung ersetzt nicht politische Entscheidungen
- Grenzen gibt es, wenn Bürger sich definitiv gegen ein Vorhaben entschieden haben und nicht bereit sind, zu verhandeln¹

Was gehört noch zur „Beteiligungskultur“?

- Dass Verwaltung und Bürger sich „auf Augenhöhe“ begegnen
- Dass Stadtrat und Bürger sich als Partner begreifen und kooperieren
- Dass öffentlich gestellte Fragen von den Zuständigen auch öffentlich behandelt werden und Kritiker nicht ins „Kämmerlein“ zitiert werden
- Dass sich Bürger als ein Teil eines Ganzen begreifen und verstehen, dass ihre eigene Position eben nur ein Teil einer großen Wahrheit ist
- Dass Beteiligung nicht nur im Stadtplanungsamt erfolgt, sondern in der gesamten Verwaltung; referatsübergreifend.

Wie spielen Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide zusammen?

- Bürgerentscheide entstehen immer dann, wenn Beteiligung und deren Ergebnisse nicht Ernst genommen werden²
- Bürgerentscheide haben oft nichts mit der Sache zu tun und spiegeln Stellvertreterkriege wieder³
- Konsens: Beteiligung und Entscheide sollen auf Interesse in der Sache und nicht aus Interesse an Profilierung beruhen
- Es gibt nicht „die“ Verwaltung; Verwaltung muss differenziert gesehen werden; genießt in Regensburg wesentlich mehr Vertrauen als der Stadtrat; Von der Verwaltung wird aber erwartet, dass sie sachlich und fachlich informiert.

Alle TeilnehmerInnen sehen Beteiligung nicht nur auf Planungen /Bauvorhaben begrenzt. Sie stehen einstimmig hinter dem Thema Beteiligung an der Kultur / am Kulturentwicklungsplan!

¹ Klaus Wörle ergänzte in seiner Rückmeldung zum Protokoll: „Nach meiner Erinnerung war doch die Aussage, dass Grenzen generell dort entstehen, wo bereits Entscheidungen für oder gegen eine Sache vorliegen. Das heißt, dass auch eine Entscheidung der politischen Entscheidungsträger für oder gegen eine Sache der Bürgerbeteiligung Grenzen setzt, nicht nur die Entscheidung der Bürger für oder gegen eine Sache.“

² Klaus Wörle ergänzte in seiner Rückmeldung zum Protokoll: „Nicht nur für BB-Verfahren, sondern auch für den Stadtrat gibt es vernünftigerweise Grenzen seiner Entscheidungsbefugnis! Für den Stadtrat sind sie in dem Bereich zu sehen, wo Entscheidungen direkt und wesentlich in das Lebensumfeld der Bürger eingreifen. Und genau hier lassen sich notwendige Entscheidungen durch BB-Verfahren ideal ergänzen.“

³ Walter Cerull ergänzte in seiner Rückmeldung zum Protokoll: „Bürgerentscheide werden von tausenden Bürgern unterschrieben - wie kann da von einem Stellvertreterkrieg gesprochen werden?“

Erwartungen an das Feedback zum Workshop

- Protokollierung des Bürgergesprächs
- Teilnehmer wollen das Protokoll erhalten und bis zu einer Frist Änderungswünsche einbringen können
- Umsetzungsgespräch mit der Bauverwaltung
- Umsetzungsgespräch mit Stadtratsmitgliedern
- Verwaltung wird aus den Ergebnissen einen Leitfaden entwickeln
- Verwaltung bietet eine Feedback-Veranstaltung an; Ziel: noch vor Weihnachten
- Teilnehmer wünschen Teilnahme auch von Stadträten am Feedback-Gespräch
- Information über Ergebnisse und deren Umsetzung erfolgt mit der Einladung zum Feedback-Gespräch

Bei welchen Themen wollen Sie mitreden?

- Ersatztrasse Steinerne Brücke
- Verkehrsreduzierung Westumgehung
- Sperrung Steinerne Brücke (mehrmals)
- ÖPNV-Konzept Altstadt
- RKK (mehrmals)
- Kultur + Natur-Erbe Regensburg: Grün in der Stadt, Erholungsflächen als Teil der Identität der Stadt (analog „national trust“ in England)
- Nutzung Schlachthof
- Nutzung Gelände Nibelungenkaserne nach BW-Abzug
- Umgestaltung / Rückbau von Straßen, z.B. Goethestraße
- Kulturentwicklung (mehrmals)
- Verkehrsentwicklung
- Schulen (ehrenamtliches Projekt)
- Büchereien
- Bildung
- Stadtentwicklung und Verkehr (mehrmals)
- Bebauungspläne Weichs Ost und West
- Stadtteilentwicklung, nicht nur Fokus auf Innenstadt
- Das Grüne Band entlang der Donau (LSG)
- Dultplatz/Messegelände
- Luftreinhalteplan / Lärminderungsplan

D. ERGEBNISSE DER UMSETZUNGSGESPRÄCHE UND FEEDBACK

Die Ergebnisse der Umfrageaktion und der Beteiligungswerkstatt, insbesondere die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Beteiligungswerkstatt entwickelten Qualitätskriterien zur Beteiligung, wurden in drei Umsetzungsgesprächen dem Planungs- und Baureferat, Mitgliedern des Stadtrates und dem Oberbürgermeister vorgestellt und aus der jeweiligen Perspektive ergänzt.

Im Anschluss wurden alle Ergebnisse nochmals in einem gemeinsamen Feedback-Gespräch mit allen Beteiligten präsentiert und erörtert.

1. Prioritäten der Verwaltung (Stufe 3)

Die in der Bürgerwerkstatt entwickelten Qualitätskriterien zur Bürgerbeteiligung wurden von der Verwaltung für gut befunden. Die Verwaltung formulierte zudem Qualitätskriterien aus ihrer Sicht:

Beteiligungsverfahren definieren und strukturieren

- Ziele und Handlungsrahmen des Beteiligungsprojektes müssen eindeutig definiert und an die Bürger vermittelt werden.
- Verwaltung formuliert präzise den Beteiligungsauftrag und betitelt das Verfahren eindeutig.

Neutralität der Verwaltung im Beteiligungsverfahren und in der Öffentlichkeit als Voraussetzung für ihre Glaubwürdigkeit

- Die Verwaltung tritt in der Bürgerbeteiligung bzw. Öffentlichkeit als Fachstelle auf und informiert objektiv, politisch neutral, umfassend (dazu gehört auch das Erarbeiten und Vorstellen von Alternativen).
- Diese Objektivität der Verwaltung ist während des Verfahrens, nach erfolgtem Stadtratsbeschluss und bei der Umsetzung zu bewahren.
- Unterschiedliche Fachmeinungen werden in der Bürgerbeteiligung klar benannt.
- Von den Empfehlungen der Verwaltung abweichende Stadtratsbeschlüsse werden kommuniziert.
- Verwaltung wertschätzt Ergebnisse der Beteiligung als **einen Baustein** im Planungsprozess und kommuniziert sie an den Stadtrat.

Aufgabenteilung zwischen Verwaltung und Stadtrat im Beteiligungsprozess

- Die Verwaltung sieht sich in der Rolle, Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten und sachlich, kompetent, politisch neutral zu informieren.

- Die Verwaltung sieht ihre Aufgabe darin, die Beteiligungseignung von Projekten zu überprüfen, dem Stadtrat geeignete Beteiligungsverfahren vorzuschlagen und die Verfahren einschließlich Feedback/Umsetzung durchzuführen.
- Der Stadtrat soll an Beteiligungsverfahren und am Feedback als Beobachter teilnehmen.
- Der Stadtrat vertraut und unterstützt die Verwaltungsmitarbeiter in ihrer Beteiligungskompetenz.

Feedback und Umsetzung

- Nach der Beteiligung ist vor der Beteiligung – auf die Vermittlung der Ergebnisse an die Beteiligten und die Umsetzung ist ebensoviel Wert zu legen wie auf die Beteiligung selbst.
- In allen betreffenden Stadtratsvorlagen wird auf die Ergebnisse von Beteiligungsverfahren verwiesen.
- Um die Ansprüche der Bürger an Information und Beratung zu erfüllen, wäre eine referatsinterne professionelle Stelle für Öffentlichkeitsarbeit dienlich.
- Externe Unterstützung beim Feedback wie beim Beteiligungsverfahren ist sinnvoll.

2. Prioritäten des Stadtrates und Oberbürgermeisters (Stufe 4)

Mit den Stadträten und Stadträtinnen sowie dem Oberbürgermeister wurden als Schwerpunkt die Qualitätskriterien zu den Bereichen „Bürger“, „Verwaltung“, „Stadträte“ und „Umsetzung“ diskutiert. Aus der Bürgerwerkstatt werden diese Kriterien von den Stadträtinnen und Stadträten sowie dem Oberbürgermeister für gut befunden und mit getragen:

Anforderungen der Bürger an sich selbst

Folgende Kriterien werden mitgetragen:

- Teilnehmer informieren und qualifizieren sich für die Teilnahme.
- Beteiligte treten aktiv für die von ihnen mitgetragenen Ergebnisse ein.
- Es gibt eine verbindliche Teilnahme am Verfahren.
- Es ist deutlich benannt, wer für welche Interessen steht.

Folgendes Kriterium wurde ergänzt:

- Gewählte Sprecher des Beteiligungsverfahrens informieren den Stadtrat über die Ergebnisse *in einem geeigneten Forum*.

Zusätzlich kam folgendes Kriterium hinzu:

- Bürger setzen sich mit der Finanzierbarkeit und Realisierbarkeit ihrer Vorschläge auseinander bei Verfahren, in denen es um die Abwägung von Planungsalternativen geht.

Anforderungen an die Stadträtinnen und Stadträte

Folgende Kriterien werden mitgetragen:

- Entscheidungsträger nehmen als Beobachter an Beteiligungsverfahren teil.
- Beteiligte erhalten eine qualitätsvolle Begründung bei Nichtumsetzung.

Zusätzlich kam folgendes Kriterium hinzu:

- Engagierte Bürger werden in ihrer Beteiligung wertgeschätzt.
- Stadtrat unterstützt die Verwaltung beim Feedback zur Umsetzung.

Folgende Kriterien wurden vom Stadtrat mitgetragen und präzisiert:⁴

Es wurde präzisiert, wie die Aufgabe „**Stadtrat begründet seine Entscheidung**“ zu verstehen ist:

- Tagesordnung der betreffenden Stadtratssitzung wird den Beteiligten bekannt gegeben (ca. eine Woche vor der Sitzung);
- Bei einer öffentlichen Sitzung wird die Sitzungsvorlage nach der Sitzung an die Beteiligten weitergeleitet;
- Die Ergebnisse der Ausschusssitzung werden in geeigneter Form an die Beteiligten weitergegeben;
- Folgeveranstaltung mit den Beteiligten, bei der das Feedback erfolgt;
- Stadträte stehen bei diesen Folgeveranstaltungen zu ihrer Entscheidung und begründen diese;
- Alternativ kann eine schriftliche Erklärung zu abweichenden Entscheidungen des Stadtrats erstellt werden.

Es wurde präzisiert, wie die Aufgabe „**Stadtrat setzt sich mit den Ergebnissen ernsthaft auseinander**“ zu verstehen ist: Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens werden in einer Stadtratssitzung vorgestellt und tatsächlich im Stadtrat diskutiert. Dies ist v.a. auch dann notwendig, wenn der Stadtrat abweichend entscheidet.

Anforderungen an die Verwaltung

Folgende Kriterien werden mitgetragen:

- Verwaltung schafft Transparenz in ihren Verfahrensabläufen.
- Verwaltung hat Ziele und Erwartungen für die Bürgerbeteiligung klar benannt.

Anforderungen an die Umsetzung

Folgende Kriterien werden mitgetragen:

⁴ Anmerkung: Es geht bei all diesen Punkten darum, wie Bürgerinnen und Bürger, die an einem von der Verwaltung durchgeführten Beteiligungsprozess teilgenommen haben, informiert werden. Es geht **nicht** um die Information der breiten Öffentlichkeit.

- In angemessenen Zeitabständen und in angemessener Weise werden die Beteiligten über die Ergebnisumsetzung informiert.
- Am Verfahren beteiligte Bürger werden rechtzeitig vor Stadtratsbehandlung informiert.
- Stadtratsbeschluss geht direkt an die Teilnehmer des Verfahrens

Zusätzlich kam folgendes Kriterium hinzu:

- Sprecher von Beteiligungsverfahren als Multiplikatoren erhalten kontinuierliches Feedback zur Umsetzung.

Anforderungen an die Verfahren

Als zusätzliche Kriterien zu den Verfahren selbst wurden formuliert:

- Es gibt ausreichende Kapazitäten für Öffentlichkeitsarbeit bei der Stadt.
- Positives Feedback zur Beteiligung wird der Öffentlichkeit vorgestellt.
- In den Beteiligungsverfahren sind alle Meinungen vertreten – sowohl die Gegner als auch die Befürworter werden einbezogen.
- Die Bürger sollen schon vor Beginn der Beteiligung Informationen erhalten.

3. Feedback-Gespräch (Stufe 5)

Die Diskussion der bislang entwickelten Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens ergab, dass bis auf wenige Veränderungen und Ergänzungen die Ergebnisse bei den Bürgerinnen und Bürgern auf große Zustimmung stießen. Die Handlungsempfehlungen wurden einhellig als richtiger und wichtiger Schritt in Richtung einer neuen, verbesserten Beteiligungskultur begrüßt. Positiv wurden der vom Planungs- und Baureferat angestoßene Prozeß und die damit verbundene hohe Wertschätzung der Bürger gesehen.

Diskussion und Ergänzung einzelner Kriterien

Am Kriterium „Gewählte Sprecher des Beteiligungsverfahrens informieren Stadtrat über Ergebnisse in einem geeigneten Forum“ wurde kritisiert, dass damit nicht sichergestellt sei, dass tatsächlich der gesamte Stadtrat die Informationen aus erster Hand erhält. Daher wurde das Kriterium ausgetauscht durch die Formulierung: „Gewählte Sprecher der Beteiligungsverfahren informieren den Stadtrat über die Ergebnisse in einem geeigneten Stadtratsgremium.“ Dies stellt sicher, dass der Stadtrat erreicht wird, lässt aber offen, ob es sich um eine Stadtrats- oder Ausschusssitzung handelt.

Zu dem im Stadtratsumsetzungsgespräch eingebrachten Kriterium „Bürger setzen sich mit der Finanzierbarkeit und Realisierbarkeit ihrer Vorschläge auseinander (bei Abwägung von Planungen)“ merkten einige Teilnehmer an, dass die fundierte Auseinandersetzung mit Finanzierung und Realisierung einen fundierten fachlichen Input voraussetzt und es fraglich

sei, ob dies im Rahmen der Bürgerbeteiligung geleistet werden könne. Eine Abwägung dieser Punkte kann daher allenfalls nur oberflächlich stattfinden.

Bei den Kriterien zu den Moderatoren des Prozesses wurde ergänzt:

„Moderatoren setzen ein klares methodisches Konzept um.“

Bei den Kriterien zum Verfahren wurde ergänzt:

„Verbindlichkeit und Regeln sind vor Beginn der Beteiligung benannt.“

Beim Kriterium „Der Stadtrat setzt sich ernsthaft mit den Ergebnissen auseinander“ wurde darauf verwiesen, dass der Begriff „ernsthaft“ beinhaltet, dass sich der Stadtrat mit den Ergebnissen nach vorher festgelegten Regeln befassen soll.

Generell wird gewünscht, den Begriff Verwaltung wird durch „Planungs- und Baureferat“ zu ersetzen.

Weiteres Vorgehen und Wünsche

Als nächste Schritte benennt das Planungs- und Baureferates die Erstellung einer Stadtratsvorlage zur Beteiligungskultur und die Information der Medien. Die Umsetzung der Ergebnisse erfolgt bei geeigneten, noch nicht laufenden Verfahren.

In der abschließenden Aussprache wurde deutlich, dass alle Beteiligten große Erwartungen in die Umsetzung der Ergebnisse setzen. Die TeilnehmerInnen wünschen ein laufendes Feedback zu diesem Prozess und dass andere Referate der Stadt diesen Prozess aufnehmen, so dass eine umfassende Beteiligungskultur in Regensburg entsteht.

An den Stadtrat erging explizit die Bitte, das Kulturreferat mit einem deutlichen Beteiligungsauftrag zu betrauen. Explizit wurde der Kulturentwicklungsplan, der in der Beteiligungswerkstatt entwickelt wurde, als Beteiligungsobjekt genannt. Die Stadträte nahmen diesen Vorschlag positiv auf. Es wurde vorgeschlagen, den Leitfaden des Planungs- und Baureferates als Input für die Beteiligungsarbeit an andere Referate weiterzuleiten. Die größte Erwartung und gleichzeitig Sorge der Teilnehmer besteht in der ernsthaft betriebenen Umsetzung der Ergebnisse. Die Teilnehmer möchten in die Umsetzung involviert sein. Dem Planungs- und Baureferat obliegt nach Überzeugung der Teilnehmer damit eine große Verantwortung.

Die Öffentlichkeit soll über die Medien über diesen Beteiligungsprozess und seine Ergebnisse informiert werden. Die Medien selbst sollen positiv in diesen Prozess als wichtiger Teil bei der Umsetzung eingebunden werden.

E. EMPFEHLUNGEN ZUR WEITERENTWICKLUNG DER REGENSBURGER BETEILIGUNGSKULTUR

Die Erneuerung der Regensburger Beteiligungskultur umfasst im Wesentlichen die Bereiche:

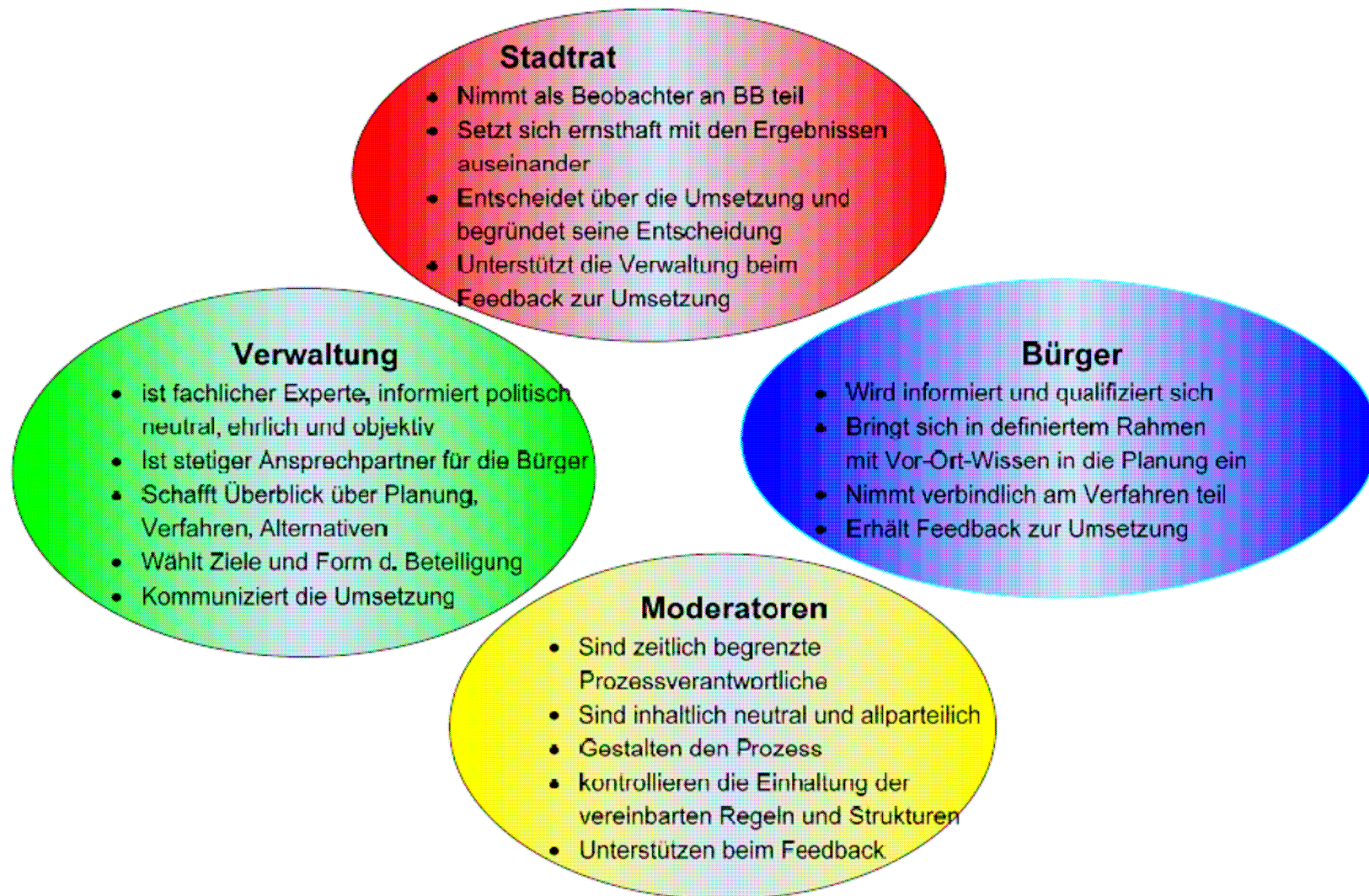
1. Beteiligung als Prozess verstehen;
2. Klare Rollen der Beteiligten definieren und einhalten;
3. Transparente Entscheidungsspielräume schaffen und vermitteln;
4. Transparenz und Ernsthaftigkeit gegenüber den beteiligten Bürgern bei der Umsetzung vermitteln;
5. Fairness und Vertrauen im Umgang auf Augenhöhe zwischen Bürgern, Stadtrat und Verwaltung entstehen lassen.

In der Einschätzung und ihrer Wünsche und Vorstellungen an eine Regensburger Beteiligungskultur kristallisieren sich wesentliche gemeinsame Prioritäten von Bürgern, Stadtrat und Verwaltung heraus, die sich in den nachfolgenden Empfehlungen widerspiegeln.

1. Empfehlungen zu den Rollen im Beteiligungsprozess

Es ist Klarheit in den Rollen der Beteiligung nötig. Die Rollen zeigt das nachfolgende Schaubild.

Es ist Klarheit in den Rollen der Beteiligung nötig



2. Empfehlungen zu den einzelnen Phasen der Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung ist ein Prozess. Er endet erst mit der Umsetzung. Dem Feedback nach der Durchführung der Beteiligung bzw. einzelner Beteiligungsschritte bei stufenweisem Vorgehen und der Umsetzung sind besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Phase 1: Vorbereitung

Phase 2: Durchführung

Phase 3: Feedback (Rückkopplung)

Phase 4: Umsetzung

2.1. Handlungsempfehlungen zu Vorbereitung und Durchführung von Bürgerbeteiligung

Ziele der Beteiligung im Vorfeld festlegen

- Klare Zielsetzungen zur Bürgerbeteiligung durch die Verwaltung definieren.
- Zeiträume des gesamten Beteiligungsprozesses festlegen und im Prozess anpassen.
- Zielgruppen definieren.

Begriffe schaffen Klarheit

Der Begriff der „Beteiligung“ sollte sorgfältig verwendet werden:

- Wenn es nur um eine Information der BürgerInnen geht, macht der Begriff der Informationsveranstaltung deutlich, dass es nicht um die Erarbeitung von Ergebnissen geht.
- Wenn es um eine erste Ideensammlung oder Meinungsabfrage geht, könnte der Begriff „Ideenfindung“ oder auch „Meinungsabfrage“ passen.
- Wenn die Ergebnisse einfließen sollen, weil ein Handlungsspielraum vorhanden ist, passt der Begriff „Beteiligung“.
- Wenn es um eine gemeinsam getragene Entscheidungshilfe für die Entscheider geht, passt der Begriff „Kooperation“ oder „Mediation“.

Über eine klare Verwendung des Begriffs, verbunden mit einer Transparenz der Ziele, entsteht Ehrlichkeit in der Beteiligungskultur. Spätere Konflikte und Enttäuschungen sowie überzogene Erwartungen werden so vermieden.

Ziele und Handlungsrahmen im Verfahren klar benennen

- Ziele der Beteiligung (Was will die Verwaltung erreichen? Welche Position hat der Stadtrat?) und der zur Verfügung stehende Handlungsrahmen müssen deutlich benannt werden: Finden die von Bürgern erarbeiteten Ergebnisse Eingang in konkrete Planungen, handelt es sich ausschließlich um Ideenfindungen ohne Anspruch auf Übernahme? In welchen Bereichen können die Bürger mitreden? Was sind feststehende Rahmenbedingungen, die nicht zur Disposition stehen?

- Die Grenzen der Beteiligung klar benennen (z.B. rechtliche Normen, Gesetze).
- Zeiträume für Feedback und eine mögliche Umsetzung klar benennen.
- Die Rahmenbedingungen der Beteiligung (Ziele, Handlungsrahmen, Grenzen, Umgang mit den Ergebnissen, Zeiträume) sollten nicht nur einmalig zu Beginn des Verfahrens genannt werden, sondern immer verfügbar sein.

Feste Teilnehmerschaft nimmt Beteiligte in die Pflicht

Die Auswahl der Teilnehmer ist abhängig vom gewählten Verfahren. Bei konfliktreichen Fragestellungen empfiehlt sich ein festgelegter Teilnehmerkreis, bei dem alle Interessen berücksichtigt werden. Eine klare Zuordnung von Personen und Interessen schafft Klarheit über vertretene und verdeckte Interessen.

Zeiträume, Feedback und Umsetzung eindeutig kommunizieren

Die Beteiligten, die viel Zeit und Engagement in ihre ehrenamtliche Teilnahme investieren, haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie es mit ihren Vorschlägen weiter geht! Daher soll bei jeder Beteiligung transparent sein, wie der Informationsfluss in der Umsetzungsphase geregelt ist.

Bereits zu Beginn jeder Beteiligung muss eindeutig kommuniziert werden, in welchen Zeiträumen die Beteiligten mit einem ersten Feedback rechnen können und wie lange es dauert, wann mit ersten Umsetzungen zu rechnen ist. Dazu gehört auch die Information, was mit den Ergebnissen einer Beteiligung geschieht, die von Verwaltung und Stadtrat nicht weiterverfolgt werden.

Verwaltungshandeln transparent machen

Die Verwaltung soll bei allen Beteiligungsverfahren die Beteiligten über ihre Verfahrensabläufe informieren (Abstimmungsprozesse intern, mit Behörden, mit Eigentümern) und um Verständnis für Zwänge und Zeiträume des Verwaltungshandelns werben.

Aufgabe des Stadtrates

Stadträte nehmen an den Verfahren als Beobachter und verbindlich teil.

Grenzen der Beteiligung sind

- Rechtliche Vorgaben und Gesetze,
- Unveränderliche Zielvorgaben des Stadtrates.

2.2. Handlungsempfehlungen zur Feedback- und Umsetzungsphase

Die Sollbruchstellen in der Bürgerbeteiligung wurden von allen Beteiligten klar benannt:

- die Rückkopplung über den Umgang mit den Ergebnissen an die Beteiligten.
- die Umsetzung der Ergebnisse durch Stadtrat und Verwaltung;

Aufgrund dieser Schwachpunkte ist die Gefahr groß, dass die gesamte Beteiligungskultur bei den BürgerInnen kritisch gesehen wird, trotz positiv bewerteter und erfolgreich durchgeführter Verfahren. Ohne Kommunikation in der Feedback- und Umsetzungsphase besteht die Gefahr von Enttäuschung auf allen Seiten: Die BürgerInnen fragen sich, warum sie gefragt und beschäftigt wurden, wenn die Ergebnisse nicht einfließen. Die Verwaltung fragt sich, warum sie den hohen Aufwand an Zeit und Kosten betreibt, wenn danach doch nur alle unzufrieden sind. Der Stadtrat fragt sich, warum die Verwaltung viel Geld investiert, wenn die Wählergunst dann doch nicht steigt, bzw. Bürgerentscheide weiterhin zu Grabenkämpfen führen.

Beteiligung endet nicht mit dem Abschluss des Verfahrens. Im Gegenteil: Der Phase nach Verfahrensabschluss muss wesentlich mehr Aufmerksamkeit und Zeit als bisher eingeräumt werden. Feedback- und Umsetzungsphase sind für die Akzeptanz ebenso wichtig wie die Durchführungsphase.

Erstes Feedback erfolgt innerhalb von drei bis sechs Monaten

Das erste Feedback soll innerhalb von drei bis sechs Monaten nach Beendigung des Beteiligungsverfahrens erfolgen. In dieser Zeit sind die BürgerInnen noch besonders angeregt und motiviert. Die Unzufriedenheit steigt, wenn sie nichts mehr von den Ergebnissen hören.

Kontinuität in der Information sicherstellen

Je komplexer und zeitlich andauernder ein Projekt ist, desto bedeutsamer ist eine kontinuierliche Kommunikation, die möglichst breit gestreut werden sollte. Die direkte Information der am Verfahren teilgenommenen BürgerInnen und Bürger ist ein „Muss“. Sinnvoll ist die Ergänzung bzw. Vertiefung bereits ansatzweise umgesetzter Maßnahmen der Verwaltung wie Aufbau eines Email-Verteilers für die einzelnen Verfahren, über den wichtige Informationen zum Projekt, z.B.:

- o wann es im Stadtrat behandelt wird,
- o wie der Stadtrat entschieden hat,
- o Stadtratsbeschlüsse,
- o Hinweise auf Unterlagen z.B. im Internet,

schnell und zuverlässig weitergeleitet werden können.

Virtuelle oder reale Anlaufstelle schaffen

Eine zentrale Informationsstelle zu Projekten und Verfahren zur Bürgerbeteiligung erfüllt die Aufgaben eines „Kümmers und Koordinators“.

Die Beteiligten der Verfahren können sich aktuelle Planungsstände, Informationen und Dokumente bei Interesse selbst aneignen, wenn diese Informationen an einer Stelle abrufbar sind. U.U. könnte dies auch eine virtuelle Stelle sein (z.B. auf der Regensburg-Seite im Internet), besser allerdings eine personenbesetzte Stelle.

Nicht zumutbar für die Bürger ist dagegen, sich selbst „durch den Dschungel“ der Zuständigkeiten hangeln zu müssen. Eine solche Anlaufstelle ersetzt allerdings nicht die

Aufgabe, über einen Email-Rundbrief (in der Minimalversion) die Beteiligten auf Neuerungen und deren Abrufbarkeit hinzuweisen.

Erfolge kommunizieren

Wenn Bürgervorschläge bzw. Ergebnisse von Beteiligungsverfahren umgesetzt werden, ist es wichtig, dies an die Beteiligten rückzukoppeln, den Erfolg sozusagen zu feiern. Sei es durch einen Rundbrief an die Beteiligten, Presseinformation, Internetseite.

Begrifflichkeiten beibehalten

Wichtig ist es auch, die in der Beteiligung entstandenen Titel / Etiketten wieder zu verwenden, da die BürgerInnen sonst „ihre“ Projekte nicht wieder erkennen und ihnen nicht deutlich wird, dass es sich um die Übernahme von Bürgervorschlägen handelt.

Würdigung der Beteiligungsergebnisse durch den Stadtrat

Der Stadtrat informiert sich durch die Verwaltungsvorlage über die Ergebnisse der Beteiligung. Die Ergebnisse werden im Stadtrat diskutiert. Das Ergebnis dieser Behandlung wird den Beteiligten zeitnah zur Kenntnis gegeben.

Ehrlichkeit bei Nichtumsetzung erhöht die Glaubwürdigkeit

Wenn Ergebnisse von Verfahren nicht umgesetzt werden, sollen die Beteiligten darüber informiert und die Gründe benannt werden. Gleiches gilt für Veränderungen in den Empfehlungen und Vorschlägen der Bürger. Wenn Veränderungen stattgefunden haben, sollen diese und die Gründe für die Veränderung transparent gemacht werden.

Externe Unterstützung holen

Ähnlich wie die Durchführung von Beteiligungsverfahren muss auch die Umsetzung bzw. die Information über den Umgang mit den Ergebnissen professionell gehandhabt werden. Dazu kann auch ein externes Moderationsbüro eingeschaltet werden. Leistungen wie die Erstellung eines vierteljährlichen Rundbriefs an die Beteiligten des Verfahrens, Versand relevanter Dokumente und Stadtrats-Beschlüsse, Durchführung eines dreivierteljährlichen Folgetreffens können mit dem Beteiligungsauftrag vergeben werden und entlasten die Verwaltung.

Der Umgang mit Information

Die Diskrepanz zwischen tatsächlicher und „gefühlter“ Information ist beträchtlich. Auch wenn die Verwaltung kontinuierlich informiert, wird dies doch immer wieder von einem Teil der Beteiligten oder der Bevölkerung nicht wahrgenommen. Für Stadtrat und Verwaltung ist wichtig, unterschiedliche Medien als Informationsträger zu nutzen und dies zu dokumentieren. Information ist sowohl eine „Bringschuld“ der Verwaltung als auch eine „Holschuld“ der Bevölkerung. Die Balance zwischen Arbeitsaufwand, Kosten und Nutzen muss stimmig sein.

Aufgabe des Stadtrates

Der Stadtrat informiert sich und diskutiert die Beteiligungsergebnisse. Abweichende Entscheidungen werden begründet. Dies erfolgt in geeigneter Weise: Schriftlich oder in Form einer Feedback-Veranstaltung, an der Stadträte jeder Fraktion stellvertretend für ihre Kollegen und Kolleginnen teilnehmen. Die Stadträte unterstützen die Verwaltung beim Feedback über die Umsetzung.

2.3. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der „schweigenden Mehrheit“

Der überwiegende Teil der Menschen „beteiligt“ sich erst dann, „wenn der Bagger vor der Tür steht“ und eine unmittelbare – meist negative – Betroffenheit da ist. Diese Menschen schon vorher motivieren zu wollen, bedarf eines enormen Aufwands. Aus der Beteiligungserfahrung heraus ist es zielführend, nicht zwingend die „schweigende Mehrheit“, wohl aber deren Interessen im Vorfeld zu erfassen und einzubeziehen. Dies bedarf der Planung, welche Interessenfelder betroffen sein werden. Diese Felder können über den Einbezug von entsprechenden Interessenvertretern berücksichtigt werden. Die Interessenvertreter wirken überdies als Multiplikatoren in ihre Bereiche hinein. Die Planung kann durch den Einbezug aller berührten Interessenfelder verbessert werden. Dies bietet auch eine gute Argumentationshilfe gegen Angriffe aus der Öffentlichkeit.

Befragungen

Eine gute Möglichkeit, auch diejenigen zu erfassen, die nicht von selbst kommen, ist es, zu diesen Menschen zu gehen. Befragungen bzw. Fragebogenaktionen, u.U. in Kooperation mit Hoch- und Fachhochschulen stellen eine gute Möglichkeit des Einbezugs dar.

Ombudsleute

Eine andere Möglichkeit, die in der Werkstatt präferiert wurde, ist der Einsatz von Bürger-Ombudsleuten in Verfahren mit festgelegtem Teilnehmerkreis. Diese können über die Presse oder per Zufallsstichprobe (analog den Planungszellen) ermittelt werden und bringen die Interessen der nicht am Verfahren direkt beteiligten Bürger mit ein. Im Mediationsverfahren Regensburger Kultur und Kongresszentrum und auch im Mediationsverfahren Augsburger Innenstadt wurde mit diesem Modell gearbeitet.

Projektbezogene BürgerZelle

In Anlehnung an das Verfahren der Planungszellen nach DIENEL kann es sich in Einzelfällen anbieten, per Stichprobe ausgewählte Regensburger Bürgerinnen und Bürger um ein Bürgergutachten zu bestimmten Projekten zu bitten. Durch dieses Vorgehen kann die schweigende Mehrheit einbezogen und sichtbar werden sowie eine weitere Informationsquelle neben den Bürgerinitiativen gebildet werden.

Anwaltsplanung

Dieses Vorgehen stammt ursprünglich aus den USA. Bestimmte Gruppen der Bevölkerung, die sich nicht oder nur ungenügend in der Öffentlichkeit äußern, werden durch Fachleute im Beteiligungsprozess vertreten.

Umgang mit Sperrgruppen

Trotzdem wird es immer so sein, dass direkt Betroffene sich entgegen aller Sachargumente gegen eine Planung, die ihnen schadet, auch wehren. Dieser Widerstand ist aber anders einzuschätzen und muss sich auch in der Öffentlichkeit anders platzieren, wenn vorher ein ausgewogenes Beteiligungsverfahren stattgefunden hat.

2.4. Erste Schritte zur Umsetzung der Beteiligungskultur

Aus diesem Gesamtkatalog aller Empfehlungen empfiehlt sich die Umsetzung dieser fünf Empfehlungen als Start in eine neue Beteiligungskultur:

1. Abschließende Klärung offener und rechtlicher Fragen.
2. Erstellen eines Stadtratsbeschlusses zur Weiterentwicklung der Beteiligungskultur, um die Ergebnisse aus dem Werkstattprozess umzusetzen.
3. Zusammenstellen von Informationsmaterial und Veranstaltungshinweisen zur Qualifizierung des Stadtrates bzgl. Bürgerbeteiligung.
4. Qualifizierungsangebote an die Verwaltungsmitarbeiter (Rolle der Verwaltung, Einsatzbereiche und Formen der Beteiligung, Techniken und Moderation, Feedback, Auswahl und Ansprache der Beteiligten, Umgang mit Krisensituationen und Medien, Checkliste zur Beteiligung).
5. Einrichten einer Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger zu Planungsprojekten und Beteiligung. Dies umfasst z.B. die Einrichtung eines Unterverzeichnisses „Beteiligungsverfahren“ z.B. auf der Bürgerseite der Internetseite der Stadt Regensburg.

F. ANHANG

F1 TEILNEHMERLISTEN

1. Teilnehmer der Beteiligungswerkstatt

Cerull, Walter	Piller, Karin
Chrobak, Dr. Werner	Prösl, Rudi
Dallmeier, Dr. Martin	Rappert, Dr. Klaus
Fehrmann, Ruth	Reithinger, Dr. Sabine
Friedrichs, Dorothee	Rieger, Dr. Reinhard
Gleich, Karlheinz	Rückerl, Hugo
Haas, Heinz	Sandner, Gerhard
Hagner, Bernhard	Saß, Annette
Hanke, Norbert	Schmidt, Hannelore
Hensler, Elisabeth	Schober, Regina
Huber, Jürgen	Seywald, Peter
Hubert, Ingeborg	Stahl, Roland
Kaniber, Adolf	Streck, Dr. Peter
Kessler-Elz, Helga	Veits, Manfred
Krüner, Heiner	Waldhorst, Gisbert
Loeprecht, Astrid	Wörle, Dr. Klaus
Markus, Christian	Zillich, Margarethe
Morsbach, Dr. Peter	

2. Teilnehmer des Feedback-Gespräch

Cerull, Walter	Prösl, Rudi
Chrobak, Dr. Werner	Reithinger, Dr. Sabine
Dallmeier, Dr. Martin	Rückerl, Hugo
Fehrmann, Ruth	Sandner, Gerhard
Hanke, Norbert	Schmidt, Dr. Hannelore
Huber, Jürgen	Seywald, Peter
Hubert, Ingeborg	Stahl, Roland
Kaniber, Adolf	Veits, Manfred
Kessler-Elz, Helga	Waldhorst, Gisbert
Loeprecht, Astrid	Wörle, Dr. Klaus
Markus, Christian	Zillich, Margarethe
Morsbach, Dr. Peter	
Piller, Karin	
Entschuldigt: Dorothee Friedrichs	

Stadträtinnen und Stadträte

Eberwein, Rudolf	Velten, Heide
Riepl, Günther	Wild, Margit
Faderl, Reinhold	Schlegl, Christian
Thoma, Rosi	Mistol, Jürgen

Verwaltung

Schimpfermann, Christine
Hick-Weber, Ute
Pfeiff, Hans-Joachim

citycom

Ammermann, Ursula
Gans, Brigitte

Gast: Philipp Klein

F2 FEEDBACK ZUR BETEILIGUNGSWERKSTATT

Am Ende der Werkstatt baten die Moderatorinnen alle Teilnehmer um Ihre Rückmeldung zur Werkstatt mit drei Fragen. Folgende Antworten wurden abgegeben:

Gut gemacht habt ihr...

- Schaffung einer Wohlfühl-Atmosphäre
- Zeitliche Strukturierung, insbesondere trotz zwischenzeitlicher Verzögerungen; Programm insgesamt gut bewältigt
- Organisation, Atmosphäre
- Auf den Punkt gebrachte Zusammenfassung
- Eine gewisse Lenkung in Bahnen, ohne selbst einzugreifen in die Debatte
- Zeitplan funktionierte trotz einiger hitziger Gemüter
- Konkrete Fallbeispiele in Gruppen durchspielen
- Ruhige und konstruktive Ergebnisse; die Gruppe war o.k. von der Anzahl der Beteiligten
- Die Strukturierung der gesammelten Äußerungen; wie Sie das zielstrebige Vorgehen mit geduldigem Zuhören verbinden
- Freundlich und kompetent den „Faden“ nicht verlieren; die Teilnehmer auf den Punkt zu bringen und schnell zu reagieren
- Vielen Dank für die professionelle Leitung, die angenehme Atmosphäre
- Der Ablauf ist gut gewesen; das Essen war gut
- Allgemeine Organisation, auch im Vorfeld; gute Verpflegung; Zusammenfassung der Ergebnisse (prägnant + gut getroffen)
- Ziel erreicht innerhalb der Zeit; gut „gelenkt“
- Stringente, zielorientierte Moderation
- Moderation; gezielte Gruppenführung bei Themenerarbeitung

- Gesprächsführung – Moderation - Motivation
- alles

Besser wäre gewesen....

- Ausführlicher Austausch mit Vertretern aus der Verwaltung
- Definition des Themas präzisieren
- Mehr Kleingruppenarbeit, weniger Diskussionen in der gesamten Gruppe
- Etwas stringendere Diskussionsleitung
- Weniger zu unterbrechen; konkretere Vorschläge für allgemeines Vorgehen
- Sich bei der Moderation mehr zurückzuhalten und nicht aktiv in die Meinungsbildung einzugreifen; Zeitplan bzw. Programm einhalten bzw. im Vorfeld so zu erstellen, dass die Teilnehmer jederzeit wissen, wo sie stehen
- Auf das Abschlussritual zu verzichten
- Etwas mehr Zeit zu haben
- Frau Schimpfermann wäre dabei gewesen
- Wenn die Einladende (Frau Schimpfermann) zumindest kurz am Anfang dabei gewesen wäre
- Informationen in der Tischvorlage für Planung Schlachthof über regulären Ablauf und Macht/Mitbestimmung von Investoren (wer zahlt, schafft an?)
- Weiß nicht, was

Was ich noch sagen wollte

- Teilhabe / Bürgerbeteiligung ist immanenter Teil der „Kultur der Nachhaltigkeit“ (N), N ist gleichzeitig Maßstab unseres Handelns als Bürger
- Ich freue mich auf die Umsetzung der Ergebnisse!
- Guter Ansatz, weiter so!
- Professionelle Moderation; gute, effektive Vorgehensweise/Methodik; behutsame Lenkung; schöne Räumlichkeit!
- Wie stark war hier die Vorgabe durch den „zahlenden Auftraggeber“? Was ist das Ziel?
- Grundsätzliche Frage bleibt, wann Bürgerbeteiligung notwendig ist und wann die Stadt Bürgerbeteiligung einsetzt
- Ich bin gespannt, was draus wird
- Die Atmosphäre war gut.
- Raucher und deren lange Wege zum Rauchplatz nicht vergessen. Wir sind eine kleine Minderheit.
- Ich freue mich auf eine weitere Veranstaltung mit Ihnen!
- Danke! - Schönen Dank!

F3 STAND DER BETEILIGUNGSVERFAHREN 2006

Zusammengestellt vom Planungs- und Baureferat der Stadt Regensburg

1. Runder Tisch Hochwasserschutz in Regensburg HW 100

Planungsaufgabe:	Hochwasserschutz in Regensburg – HW 100 Gemeinsames Projekt des Wasserwirtschaftsamtes Regensburg und der Stadt Regensburg
Beteiligungsverfahren:	Runder Tisch mit Innen- und Außenkreis
Beauftragung:	Planungsgruppe 504, München
Zeitraum:	Mai 2000 bis Januar 2001
Teilnehmer:	betreffene und interessierte Bürger und Bürgerinnen; Fachleute aus den Verwaltungen, externe Experten
Auswahlverfahren:	Freier Zugang
Kosten:	ca. 150.000 Euro
Ergebnis	Ideen und Anforderungen an den Hochwasserschutz; Vorlaufphase für Wettbewerb. Sprecher der Runden Tische als Mitglied im Preisgericht / Begleiter WB-Phase benannt
Weiteres Vorgehen:	Ermittlung der technischen Randbedingungen (Baugrunduntersuchungen, Binnenentwässerung, Logistik mobile Elemente), Erhebung planungsrelevanter Belange (Denkmalschutz, Naturschutz, Stadtgestaltung usw.). Auslobung und Durchführung des technisch- städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerbes: 04.02.03: Europaweite Auslobung als offener Ideen- und Realisierungswettbewerb in zwei Phasen.

14.05.04: Präsentation der Wettbewerbsergebnisse
16.09.05: Auftaktveranstaltung für eine
Optimierungsphase zur Vertiefung und
Überarbeitung der beiden gleichrangig platzierten
Arbeiten aus dem Wettbewerb
15.03.06: 2-wöchige Präsentation der Ergebnisse
der Optimierungsphase im Rahmen einer
Ausstellung
09.08.06: Antrag der Stadt Regensburg bei WWA
Regensburg auf Planung des Hochwasserschutzes
in den Poldern A (Schwabelweis), B (Weichs) und
S (Irl).

Beschlüsse:

15.02.00: Beschluss des Planungsausschusses
der Stadt Regensburg, dass dem Wettbewerb eine
Phase der Offenen Planung, d.h. eine intensive
Bürgerinformation zum Thema Hochwasserschutz
sowie eine Bürgerbeteiligung in Form von Runden
Tischen, vorzuschalten ist.
15.05.01: Behandlung der Ergebnisse der Runden
Tische im Planungsausschuss
20.07.04: Kenntnisnahmebeschluss des
Planungsausschusses der Stadt Regensburg zu
den Ergebnissen des Wettbewerbes
04.05.06: Kenntnisnahmebeschluss des
Planungsausschusses zu den Ergebnissen der
Optimierungsphase und Beschluss als erste
Maßnahmen für die Polder Schwabelweis, Weichs
Mitte/Ost und Irl beim Freistaat Bayern Antrag auf
Planung des Hochwasserschutzes

2. Planungsdialog Ersatztrasse Steinerne Brücke

Planungsaufgabe:	Ersatztrasse Steinerne Brücke
Beteiligungsverfahren:	Moderationsverfahren PlanungsDialog
Beauftragung:	Schäuble Institut, München
Zeitraum:	Februar 2005 bis April 2005
Teilnehmer:	bis zu 200 z.T. wechselnde Teilnehmer
Auswahlverfahren:	Keines / Für alle Interessierten offen
Kosten:	45.000 Euro
Ergebnis	Kein einvernehmliches Ergebnis. Lediglich die Notwendigkeit einer Sanierung der Steinernen Brücke wurde bejaht. Selbst hinsichtlich der denkmalgerechten Sanierung und zur Verkehrsfreimachung des historischen Bauwerks gab es keinen Konsens. Zum PlanungsDialog liegt ein Abschlussbericht vor, der bei der weiteren Behandlung des Themas Berücksichtigung finden wird.
Weiteres Vorgehen:	Eine Behandlung des Themas „Ersatztrasse“ einschließlich des PlanungsDialoges Steinerne Brücke steht noch aus. Abschlussbericht und Vorlagentexte können im Anschluss an die Behandlung im Stadtrat veröffentlicht werden (Internet).
Beschlüsse:	Beschlüsse zur Ersatztrasse sind im Verkehrsentwicklungsplan, dem RegensburgPlan sowie aus der Ausschusssitzung vom April 2003 und September 2004 vorhanden. Die Behandlung des „PlanungsDialogs Steinerne Brücke“ durch den Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr, Umwelt und Wohnungsfragen steht noch aus.

3. Planungsdialog Stadtteilrahmenplan Unterer Wöhrd

Planungsaufgabe:	Stadtteilrahmenplan Unter Wöhrd
Beteiligungsverfahren:	PlanungsDialog
Beauftragung:	Schäuble Institut, München
Zeitraum:	Oktober 2000 bis März 2001
Teilnehmer:	ca. 60
Auswahlverfahren:	Kein / Für alle Interessierten offen
Kosten:	ca. 75.000 Euro
Ergebnis	Empfehlungen der BürgerInnen für die weitere Planung des Unteren Wöhrds wurden in das Bebauungsplanverfahren noch nicht eingearbeitet, da die Ergebnisse der Hochwasserschutzplanungen (Wettbewerb und Optimierungsphase) erst seit der Beschlussfassung 04.05.2006 vorliegen.
Weiteres Vorgehen:	Die Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens ist abhängig von der Festlegung der prioritären Bereiche für die Umsetzung des Hochwasserschutzes in Regensburg. Ein Teilbereich des Unteren Wöhrdes (Wöhrdstraße 47, 49, 51) ist auf der Grundlage eines Optimierungsverfahrens bereits bebaut.
Beschlüsse:	Behandlung der Ergebnisse im Planungsausschuss am 19.06.2001. Beschluss zur Durchführung des Optimierungsverfahrens (s.o.) am 15.10.2002. Vorstellung des Ergebnisberichtes zum Optimierungsverfahren im Planungsausschuss am 03.06.2003.

4. Zukunftswerkstätten Stadt-Flusslandschaft Donau-Regen

Planungsaufgabe:	Entwicklungskonzept Freizeit- und Erholungsachse Donau-Regen
Beteiligungsverfahren:	Zukunftswerkstätten
Beauftragung:	Citycom, München
Zeitraum:	Oktober 2001 bis März 2002
Teilnehmer:	ca. 70 BürgerInnen in 3 Zukunftswerkstätten
Auswahlverfahren:	Bewerbung über Hauswurfsendung
Kosten:	ca. 50.000 Euro
Ergebnis	15 Projekte mit insgesamt 131 Maßnahmen Weiter Bearbeitet wurden die Projekte: • Lernen mit allen Sinnen – Grüne Schule, • Yachthafen – Marinaquartier • Naturbad – Flussbad Schwabelweis
Weiteres Vorgehen:	Erörterung der Ergebnisse mit den Teilnehmern und OB Schaidinger (08.05.02). Eröffnung der Ausstellung „Blaue Bänder – Grünes Netz (03.07.02). Verwaltungsinterne Erörterung und Bewertung aller Projekte und Maßnahmen. Erstellung eines Entwicklungskonzeptes durch das Büro Grub (Mitte 2003).
Beschlüsse:	Behandlung der Ergebnisse im Planungsausschuss am 17.02.2004

5. Planungszellen Stadtentwicklungsplan

Planungsaufgabe:	Fortschreibung Stadtentwicklungsplan
Beteiligungsverfahren:	Planungszellen
Beauftragung:	Citizen Consult, Wuppertal
Zeitraum:	März 2001 bis März 2002
Teilnehmer:	200 BürgerInnen aus Regensburg, 27 aus den Nachbargemeinden
Auswahlverfahren:	Zufallsstichprobe aus der Einwohnerdatei
Kosten:	ca. 210.000 Euro
Ergebnis	Bürgergutachten
Weiteres Vorgehen:	Insgesamt gingen im Rahmen der Bürgerbeteiligung 854 Bedenken und Anregungen ein. Diese wurden von der Verwaltung geprüft, abgewogen und in den Plan eingearbeitet. Überarbeiteter Entwurf erneut mit der Politik und Fachämtern und den Fraktionen abgestimmt. Aufgrund der großen Zeitspanne war eine grundlegende Aktualisierung des gesamten Plans erforderlich.
Beschlüsse:	Behandlung der Bedenken und Anregungen im Planungsausschuss am 07.12.2004 Der Regensburg-Plan 2005 wurde vom Stadtrat am 28.07.2005 beschlossen.

6. Runder Tisch Regensburger Kultur- und Kongresszentrum

Planungsaufgabe:	Standortsuche für ein Regensburger Kultur- und Kongresszentrum (RKK)
Beteiligungsverfahren:	Geschlossener Runder Tisch
Beauftragung:	Citycom, München
Zeitraum:	Mai 2000 bis Januar 2001
Teilnehmer:	23 Konfliktparteien aus Bürgerschaft, Wirtschaft und zwei Bürgerombudsleute; Beratender Außenkreis aus Politik, Verwaltung und Experten
Auswahlverfahren:	Ausgewählte Interessenvertreter
Kosten:	ca. 150.000 Euro
Ergebnis	Kriterienkatalog und Stärken-Schwächen-Profil der Standorte. Drei grundsätzlich geeignete Standorte werden zur weiteren Prüfung und Bürgerbeteiligung empfohlen.
Weiteres Vorgehen:	Flyer an aller Haushalte mit den Ergebnissen des Verfahrens
Beschlüsse:	Behandlung der Ergebnisse im Planungsausschuss am 15. Mai 2001

7. PlanungsDialog Maximilianstraße

Planungsaufgabe:	Verbindung Altstadt-Hauptbahnhof - Maximilianstraße
Beteiligungsverfahren:	PlanungsDialog (zwei Workshops und vier vertiefende Arbeitsgruppen)
Beauftragung:	Schäuble Institut, München
Zeitraum:	März 2000 bis Mai 2000
Teilnehmer:	20 bis 40
Auswahlverfahren:	Kein / Für alle Interessierten offen
Kosten:	ca. 50.000 Euro
Ergebnis	Empfehlungen der BürgerInnen aus den drei Arbeitsgruppen: Neugestaltung der Maximilianstraße und Ernst-Reuther-Platz, Gestaltung der Esplanade und des Alleegürtels sowie Aufenthalts- und Nutzungsqualität von Esplanade, Albertstraße und Keplerbau.
Weiteres Vorgehen:	Durch die Festlegung des Keplerareals als möglicher Stadthallenstandort wurden für diesen Bereich keine weiteren Planungsschritte unternommen, stattdessen wurde der erste Bauabschnitt „Maximilianstraße Nord“ umgesetzt. Zum Thema „Grün in der Maxstraße“ wurde am 11.06.2001 ein PlanungsDialog durchgeführt. Ergebnis: Verzicht auf Bäume in der Maximilianstraße und Erarbeitung ergänzender Gestaltungsvorschläge für die weitere Möblierung, z. B. der Freisitze.
Beschlüsse:	Das Ergebnis wurde dem Stadtrat am 29.03.2001 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Maßnahmenbeschluss für die „Neugestaltung der nördlichen Maximilianstraße“ wurde im Planungsausschuss am 13.12.2001 gefasst.